

Die Sparkasse Bremen 
Finanzdienstleistung

GESCHÄFTSBERICHT 2005



**DIE SPARKASSE
BREMEN AG
GESCHÄFTSBERICHT 2005**

RECHTSSTELLUNG/SITZ

Die Sparkasse Bremen AG ist eine gemeinwohlorientierte Freie Sparkasse in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft mit Sitz in Bremen. Sie ist eingetragen im Handelsregister beim Amtsgericht Bremen unter der Nummer HRB 21770.

INHALT

- 04 EDITORIAL**
- 06 CORPORATE GOVERNANCE BERICHT**
 - 08 ENTSPRECHENSERKLÄRUNG
- 09 ORGANE | FILIALBEIRÄTE | UNTERNEHMENSBEREICHE**
- 11 LAGEBERICHT**
- 29 JAHRESABSCHLUSS**
 - 30 JAHRESBILANZ
 - 32 GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG
 - 33 ANHANG
- 45 BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS**
- 46 BERICHT DES AUFSICHTSRATES**

ALLE ZIELE ERREICHT – ERFREULICHES GESCHÄFTSJAHR 2005!

Auf den Punkt gebracht, kann für das Geschäftsjahr 2005 resümiert werden: Wir sind zufrieden. Trotz der schwierigen konjunkturellen Rahmenbedingungen verlief die Entwicklung der Sparkasse Bremen erfreulich. Die Anstrengungen der vergangenen Jahre trugen messbare Früchte. Alle Ziele, die wir uns vorgenommen hatten, wurden erreicht und in einigen Fällen sogar übertroffen.

ABER DER KONJUNKTORMOTOR STOTTERT NOCH!

In einem weiterhin günstigen weltwirtschaftlichen Umfeld – Weltproduktion und Welthandel konnten auch 2005 kräftig zulegen – konnte sich die deutsche Wirtschaft nach einem verhaltenen ersten Halbjahr in der zweiten Jahreshälfte diesem Trend maßvoll anschließen. Die Stimmung hellte sich mit steigenden Auftragseingängen auf und der aufkeimende Konjunkturoptimismus wurde maßgeblich durch die anspringende Investitionstätigkeit im Inland gefördert. Die positive Entwicklung der zweiten Jahreshälfte konnte aber nicht verhindern, dass der preisbereinigte Zuwachs des Bruttoinlandproduktes mit 0,9 % leicht hinter dem Vorjahreswert von 1,6 % zurückblieb.

Die bremische Wirtschaft konnte mit 0,7 % wie im vorherigen Jahr ein leichtes Wirtschaftswachstum verzeichnen lag damit aber 0,2 % unter dem Bundesdurchschnitt. Dabei entwickelten sich die verschiedenen Branchen unterschiedlich: Während die außenwirtschaftsbezogenen Branchen und hier besonders die exportorientierten Unternehmen auf ein zufriedenstellendes bis gut verlaufendes Geschäftsjahr zurückblicken konnten, war der Geschäftsverlauf für die binnennachfrageabhängigen Branchen nicht so erfreulich.

Die Außenwirtschaft nimmt im Gesamtgefüge der Bremer Wirtschaft eine hervorgehobene Position ein. Der Exportanteil am Inlandsprodukt beträgt in Bremen 44 % zu 33 % im Bundesdurchschnitt. Die bremischen Häfen konnten auch 2005 bei den Umschlagszahlen kräftig zulegen. Allein der Containerumschlag wuchs nachhaltig um 12,5 %. Um auch zukünftig von den weiter zunehmenden Handelsströmen zu profitieren, bereitet sich Bremen bereits heute mit seinen regionalen Nachbarn auf die Veränderungen im Handelsverkehr vor. Zusammen mit Niedersachsen ist die Planung für einen neuen Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven zur Abfertigung der zukünftigen Generationen von Containerschiffen weit fortgeschritten. Auch in die bremischen Häfen wird gewichtig investiert, um die führende Stellung im Seeverkehr Nordwesteuropas weiter auszubauen.

Neben der Verbesserung der Hafeninfrastruktur werden auch die Verkehrswege in Bremen den Anforderungen an die zukünftige Leistungsfähigkeit angepasst. Die Schließung des Autobahnringes um Bremen durch die A 281 bildet dabei ein Kernprojekt.

Langfristiges Ziel ist es, Bremen als international angesehenen Standort für Wissenschaft und Hochtechnologie zu entwickeln. Mit der Wahl zur »Stadt der Wissenschaft 2005«, wurden die unternommenen Anstrengungen für den vorbildlichen Strukturwandel im Lande Bremen gewürdigt. Ein Schwerpunkt liegt in der Etablierung eines maritimen Kompetenzclusters als Oberzentrum in der Region. Schon heute ist Bremen bundesweit führend im Bereich der Meeres- und Polarforschung. Auch sonst tut sich viel in Bremen und seinem Umland. Im vergangenen Jahr wurde

der Bereich Bremen-Oldenburg als zwölfte Region der Bundesrepublik als Europäische Metropolregion anerkannt. Damit ist ein erster Schritt in Richtung Stärkung des Gebietes Nordwestdeutschland getan. Jetzt geht es darum die Idee mit Inhalten zu füllen.

Die Aussichten für 2006 lassen eine weitere Konjunkturerholung erhoffen. Die ersten Anzeichen für eine Belebung der Binnenkonjunktur sind bereits sichtbar, werden aber durch die steigenden Energiepreise, mit ihren negativen Auswirkungen auf das Konsumverhalten der Bürger, gedämpft. Es gilt nunmehr, dieses »zarte« Wachstum durch Fortsetzung des eingeleiteten Reformprozesses auf Landes- und auf Bundesebene weiter zu forcieren.

Die Sparkasse Bremen wird auch zukünftig als zuverlässiger Partner, den Mittelstand und die Bürgerinnen und Bürger mit leistungsstarken Finanzdienstleistungen versorgen, zum Wohle der Menschen in dieser Region.

Wir danken allen Kunden und Geschäftsfreunden sowie der Finanzholding der Sparkasse in Bremen und deren Mitgliedern für ihre Verbundenheit mit der Sparkasse Bremen und freuen uns auf eine weiterhin vertrauensvolle Zusammenarbeit.



Klaus Schöniger

Dr. Heiko Staroßom

Jürgen Oltmann

Dr. Tim Neseemann

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT

Corporate Governance steht für eine verantwortungsvolle und auf langfristige Wertschöpfung ausgerichtete Führung und Kontrolle von Unternehmen. Sie umfasst das gesamte System der Leitung und Überwachung eines Unternehmens, einschließlich der Unternehmensorganisation, der geschäftspolitischen Grundsätze und Leitlinien sowie der internen und externen Mechanismen zur Kontrolle und Überwachung. Hierzu zählen insbesondere die effiziente Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat sowie die Transparenz des Unternehmensgeschehens.

Eine verantwortungsvolle Unternehmensführung ist auch wichtiges Anliegen der Die Sparkasse Bremen AG. Sie unterstützt die Ziele des Deutschen Corporate Governance Kodex und hat diesen daher in ihrer Satzung verankert. Gemäß § 5 Abs. (2) ihrer Satzung sind ihre Organe gehalten, den Deutschen Corporate Governance Kodex zu beachten.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex, der in seiner aktuellen Fassung vom 2. Juni 2005 im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht wurde, enthält einerseits Regelungen, die sich auf die Beschreibung der geltenden Gesetzeslage beschränken, andererseits darüber hinaus Empfehlungen (»soll«) und Anregungen (»sollte«). Von diesen Empfehlungen und Anregungen kann nach dem Kodex abgewichen werden.

Vorstand und Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG haben in der Aufsichtsratssitzung am 29. November 2005 eingehend über die aus der Neufassung resultierenden Änderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex beraten. Im Ergebnis wurde unter Berücksichtigung des Status

quo beschlossen, sich seinen Empfehlungen anzuschließen und lediglich davon abzuweichen, sofern und soweit diese für Die Sparkasse Bremen AG strukturell nicht zutreffen, weil es sich bei ihr nicht um eine börsennotierte Aktiengesellschaft handelt bzw. sich sämtliche Aktien in der Hand einer einzigen Aktionärin befinden, der Finanzholding der Sparkasse in Bremen. Seine Anregungen sollen aufgrund der Aktionärsstruktur der Die Sparkasse Bremen AG sowie aus Vereinfachungsgründen bis auf Weiteres nicht umgesetzt werden.

Die Abweichungen im Einzelnen werden von Vorstand und Aufsichtsrat in der gemeinsamen Entsprechenserklärung nach § 161 AktG offen gelegt. Der Corporate Governance Bericht einschließlich Entsprechenserklärung wird als Bestandteil des Geschäftsberichtes der Die Sparkasse Bremen AG jährlich auf deren Internetwebsite »www.sparkasse-bremen.de« veröffentlicht und für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren zugänglich gehalten.

DER AUFSICHTSRAT ...

... überwacht die gesamte Geschäftsführung des Vorstandes. Der Vorstand hat dazu dem Aufsichtsrat laufend in dem von dem Gesetz, der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand festgelegten Umfang zu berichten. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat. Die Aufgaben, Pflichten und Regularien des Aufsichtsrates sowie die Bildung und Zusammensetzung von Aufsichtsratsausschüssen sind in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates geregelt.

Die gerichtliche Feststellung, ob der Aufsichtsrat nach dem Drittelbeteiligungsgesetz oder Mitbestimmungsgesetz zu wählen ist, ist zwischenzeitlich erfolgt. Der Vorstand hat

darauf hin Anfang des laufenden Geschäftsjahres unverzüglich das entsprechende Wahlverfahren nach dem Mitbestimmungsgesetz eingeleitet.

Bedingt durch das Ausscheiden des bisherigen Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Lutz Peper, am 21. Oktober 2005, bestand der amtierende Aufsichtsrat zum 31. Dezember 2005 aus acht statt neun Mitgliedern. In seiner Sitzung am 29. November 2005 wählten die Mitglieder des Aufsichtsrates Herrn Gerhard Harder zu ihrem neuen Vorsitzenden und Herrn Klaus Ziegler zu seinem Stellvertreter. Die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Einzelnen ist dem Anhang des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2005 zu entnehmen.

Die Informations- und Berichtspflichten des Vorstandes an den Aufsichtsrat sind in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt. Für eine darüber hinausgehende eigene Informationsordnung sieht der Aufsichtsrat nach eingehender Diskussion derzeit keinen Bedarf. Zur effektiven Überwachung und Kontrolle hat der Aufsichtsrat auf Grundlage der satzungsrechtlichen Bestimmungen einen Präsidialausschuss sowie einen Kreditausschuss gegründet. Über die konkrete Ausschussarbeit im Berichtsjahr informiert der Bericht des Aufsichtsrates. Darüber hinaus wurde das Berichtswesen des Vorstandes an den Aufsichtsrat – unter anderem auch zur Verbesserung der Effizienz – weiter verbessert. In seiner Sitzung am 6. Oktober 2005 stimmte der Aufsichtsrat dem neuen standardisierten Berichtsformat zu. Der neue »Bericht für den Aufsichtsrat«, der ein Extrakt aus den internen Controllinginstrumenten der Gesamtbanksteuerung bildet, soll in den kommenden Jahren im Sinne einer verbesserten Transparenz sukzessive um weitere Module ergänzt werden.

Die Vergütung des Aufsichtsrates ist in der Satzung geregelt und wird durch die Hauptversammlung festgesetzt. Neben dem Ersatz ihrer nachgewiesenen Auslagen erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrates eine angemessene jährliche Vergütung. Eine etwa anfallende Umsatzsteuer wird gesondert vergütet. Die Vergütungsregelungen wurden zuletzt in der Hauptversammlung am 25. Mai 2005 angepasst. Demzufolge erhält jedes Mitglied eine jährliche feste Vergütung von 10.000 €. Der Vorsitzende erhält das 3-fache, sein Stell-

vertreter und die Vorsitzenden der Ausschüsse das 1,5-fache dieses Betrages. Als erfolgsabhängige Komponente wurde für Verlustjahre eine Halbierung der jährlichen Vergütung vereinbart. Darüber hinaus wird je Aufsichtsrats- bzw. Ausschusssitzung ein Sitzungsgeld von 500 € gezahlt. Der Vorsitzende erhält das Doppelte dieses Betrages.

Die individualisierte Vergütung der einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2005 sind den Anhangangaben des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2005 zu entnehmen. Die Zahlung erfolgt nach Ablauf des Berichtsjahres Anfang Januar des laufenden Geschäftsjahres.

In einer formularmäßigen Befragung werden die Mitglieder des Aufsichtsrates einmal jährlich über etwaige Interessenkonflikte im Sinne des Kodex befragt, die aufgrund einer Organfunktion oder Beratungsaufgabe in bzw. für andere Unternehmen entstehen könnten. Interessenkonflikte im Sinne des Kodex haben sich demnach im Berichtsjahr nicht ergeben.

DER VORSTAND ...

... führt als kollegiales Gremium die Geschäfte der Die Sparkasse Bremen AG. Die Rechte und Pflichten der Vorstandsmitglieder ergeben sich aus Anstellungsvertrag, Satzung, Gesetz und der Geschäftsordnung für den Vorstand. In der Geschäftsordnung für den Vorstand werden unter anderem die Zusammenarbeit, die Geschäftsverteilung und die Allgemeinen Befugnisse des Vorstandes geregelt. Zum Ende des Berichtsjahres bestand der Vorstand aus fünf Mitgliedern, dem Vorsitzenden und vier weiteren Mitgliedern des Vorstandes.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrates ist zuständig für die Personalangelegenheiten der Mitglieder des Vorstandes einschließlich der Vorbereitung von Entscheidungen für den Aufsichtsrat über deren Bestellung und deren Aberufung, den Abschluss und die Beendigung von Dienstverträgen, die Regelungen über die Altersvorsorgung und alle anderen Angelegenheiten, welche nach §112 AktG in die Zuständigkeit des Aufsichtsrates fallen. Die Zustimmung zur Übernahme von Mandaten der Mitglieder des Vorstandes obliegt ebenfalls dem Präsidialausschuss.

Die Vergütungen für die Mitglieder des Vorstandes setzen sich aus fixen und variablen Bestandteilen zusammen. Die

variablen Vergütungsbestandteile werden dabei einerseits vom Unternehmenserfolg der Sparkasse im Allgemeinen und andererseits von der persönlichen Zielerreichung beeinflusst. Als Bemessungsgrundlage dienen die jeweils vereinbarten fixen Bezüge. Auf die Angabe der individualisierten Vergütungen der Mitglieder des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2005 wird verzichtet. Dessen Gesamtbe-

züge sind den Anhangangaben des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2005 zu entnehmen.

In einer formularmäßigen Befragung werden die Mitglieder des Vorstandes einmal jährlich über etwaige Interessenkonflikte im Sinne des Kodex befragt. Interessenkonflikte im Sinne des Kodex haben sich demnach im Berichtsjahr nicht ergeben.

ENTSPRECHENSERKLÄRUNG 2005

Vorstand und Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG erklären entsprechend § 161 AktG:

1. Die Sparkasse Bremen AG hat den Empfehlungen der »Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex« in der Fassung vom 2. Juni 2005 mit folgenden Ausnahmen entsprochen:

- a) Die vom Gesetz für die Hauptversammlung verlangten Berichte und Unterlagen einschließlich des Geschäftsberichts sowie die Tagesordnung der Hauptversammlung der Die Sparkasse Bremen AG werden aufgrund ihrer Aktionärsstruktur nicht im Internet veröffentlicht (Kodex-Nr. 2.3.1).
- b) Für eine Mitteilung der Einberufung der Hauptversammlung der Die Sparkasse Bremen AG und eine Übermittlung, der Einberufungsunterlagen an in- und ausländische Finanzdienstleister, Aktionäre und Aktionärsvereinigungen besteht aufgrund ihrer Aktionärsstruktur kein Bedürfnis (Kodex-Nr. 2.3.2).
- c) Eine Erleichterung der persönlichen Wahrnehmung von Aktionärsrechten, eine Unterstützung der Aktionäre bei der Stimmrechtsvertretung und die Bestellung eines Vertreters für die weisungsgebundene Stimmrechtsausübung der Aktionäre der Die Sparkasse Bremen AG sind aufgrund ihrer Aktionärsstruktur nicht erforderlich (Kodex-Nr. 2.3.3).

d) Im Rahmen der Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder sind als variabler Bestandteil weder Aktien der Die Sparkasse Bremen AG noch Aktienoptionen oder vergleichbare Gestaltungen vorgesehen. Angaben zum Wert von Aktienoptionsplänen sind daher nicht verfügbar (Kodex-Nr. 4.2.3 und 7.1.3).

e) Angaben zur Vergütung der Vorstandsmitglieder der Die Sparkasse Bremen AG im Anhang des Jahresabschlusses erfolgen nicht individualisiert (Kodex-Nr. 4.2.4).

f) Eine Beschränkung von Aufsichtsratsmandaten des Vorstandes der nicht börsennotierten Die Sparkasse Bremen AG auf nicht mehr als fünf Aufsichtsratsmandate in konzernexternen börsennotierten Gesellschaften ist nicht erforderlich (Kodex-Nr. 5.4.5).

g) Die unverzügliche Veröffentlichung von Insiderinformationen, die Die Sparkasse Bremen AG betreffen, durch den Vorstand ist aufgrund ihrer Aktionärsstruktur nicht erforderlich (Kodex 6.1).

h) Für eine unverzügliche Information der Finanzholding der Sparkasse in Bremen als einziger Aktionärin über sämtliche neuen Tatsachen, die Die Sparkasse Bremen AG Finanzanalysten und vergleichbaren Adressaten mitgeteilt hat, besteht aufgrund ihrer Aktionärsstruktur kein Bedürfnis (Kodex-Nr. 6.3).

i) Die Sparkasse Bremen AG veröffentlicht keine Informationen aufgrund kapitalmarktrechtlicher Vorschriften im Ausland, die auch im Inland bekannt gemacht werden könnten (Kodex-Nr. 6.5).

- j) Vorstand, Aufsichtsrat oder ihnen nahe stehende Personen haben weder Aktien der Die Sparkasse Bremen AG erworben noch veräußert, halten keine Aktien der Die Sparkasse Bremen AG und sind auch nicht Inhaber darauf bezogener Rechte. Entsprechende Angaben im Anhang unterbleiben daher (Kodex-Nr. 6.6).
- k) Im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit publiziert Die Sparkasse Bremen AG aufgrund ihrer Aktionärsstruktur keinen Finanzterminkalender über wesentliche wiederkehrende Veröffentlichungen (Kodex-Nr. 6.7).
- l) Die Sparkasse Bremen AG stellt aufgrund Ausübung von Wahlrechten gemäß Handelsgesetzbuch keinen Konzernabschluss auf; die Aufstellung ihres Jahresabschlusses erfolgt unter Nutzung des vom Gesetzgeber eingeräumten Zeitrahmens noch nicht nach internationalen Rechnungslegungsstandards (Kodex-Nr. 7.1.1 und 7.1.2 und 7.1.5).

2. Die Sparkasse Bremen AG wird den Empfehlungen der »Regierungskommission des Deutschen Corporate Governance Kodex« in der Fassung vom 2. Juni 2005 künftig mit den unter 1. a) – l) genannten Ausnahmen entsprechen.

Bremen, 19. April 2006

Der Aufsichtsrat	Der Vorstand	
Gerhard Harder Vorsitzender des Aufsichtsrates	Jürgen Oltmann Vorsitzender des Vorstandes	Dr. Heiko Staroßom Mitglied des Vorstandes

ORGANE

AUFSICHTSRAT

Dipl.-Bw. Gerhard Harder

Vorsitzender des Vorstandes der swb AG
Vorsitzender (ab 29.11.2005)

Lutz H. Peper

Geschäftsführender Gesellschafter der
Willenbrock Fördertechnik Holding GmbH
Vorsitzender (bis 21.10.2005)

Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler

Geschäftsführender Gesellschafter der
HASECO ZÖGER GmbH & Co. KG
stv. Vorsitzender (ab 29.11.2005)

Dipl.-Kfm. Holger U. Birkigt

Vorsitzender des Beirates und
Gesellschafter der Biolabor zur Herstellung
pharmazeutischer Erzeugnisse GmbH & Co. KG

Matthias Claussen (bis 25.05.2005)

Geschäftsführender Gesellschafter der
C. Melchers GmbH & Co.

Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann

Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der
Clostermann & Jasper Partnerschaft
Wirtschaftsprüfungs- / Steuerberatungsgesellschaft

Otto Lamotte (ab 25.05.2005)

Geschäftsführer der HENRY LAMOTTE GmbH

Heiko Oerter

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Hans-Joachim Schur

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Volker Stange

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

VORSTAND

Jürgen Oltmann Vorsitzender des Vorstandes

Dr. rer. nat. Tim Nesemann

Klaus Schöniger (ab 1.10.2005)

Dr. rer. pol. Heiko Staroßom

Hermann Tepe (bis 31.01.2006)

FILIALBEIRÄTE

FILIALDIREKTION BREMEN-NORD

FÜR VEGESACK:

Lutz Diedrich

Hotelier

Karl-Peter Hoffmeyer

Vorsitzender des Vorstandes

der Nehlsen AG

Reiner Kammeyer

Ortsamtsleiter Vegesack

Bernd Meyer

Senator a. D., Verbandsdirektor

des Verbandes der Wohnungswirtschaft

in Niedersachsen und Bremen

Bernd-Claus Meyer

Geschäftsführender Gesellschafter

der PNEUTEX Gesellschaft für pneum.

Foliendachsysteme mbH

Karin Petry

Geschäftsführende Gesellschafterin

der Meineke Ww GmbH

FÜR BLUMENTHAL:

Hans-Jürgen Busch

Inhaber der Firma Rudolf P. Kuschka

Technischer Großhandel

Karl Hermann Fittschen

Rechtsanwalt und Notar

Prof. Dr. Werner Jüptner

Geschäftsführer des

BIAS – Bremer Institut für

angewandte Strahltechnik GmbH

Wolfgang Patzelt

Geschäftsführer

E. H. Harms GmbH & Co. KG

Automobile-Logistics

Erik Petersen

Ortsamtsleiter Blumenthal

Christian Stubbe

Mitinhhaber der Beerdigungsinstitute

W. Bischoff & Kathmeyer

FÜR LESUM:

Hans-Otto Brauns

Kaufmann

Monika Eichner

Rechtsanwältin und Notarin

Klaus Dieter Kück

Ortsamtsleiter Burg-Lesum

Johann C. Mahlstedt

Landwirt

FILIALDIREKTION BREMEN-OST

Marco Bremermann

Geschäftsführender Gesellschafter

der Firmengruppe

Müller & Bremermann

Ludwig Cords

Geschäftsführer der Firma

Friedrich Carl von Hof GmbH & Co. KG

Heinz Dörmann

Landwirt

Marco R. Fuchs

Vorsitzender des Vorstandes

der OHB Technology AG

Ulrich Höft

Ortsamtsleiter Hemelingen

Frauke Riedemann-Schmitz

Inhaberin Schuhhaus Riedemann

Ulrich Schlüter

Ortsamtsleiter Osterholz

Prof. Dr. Detlev K. Schrade

Diplom-Ökonom, Steuerberater

Rolf A. Weidelt

Geschäftsführender Gesellschafter

der A. Weidelt Systemtechnik

GmbH & Co. KG

Jens Wittrock

Geschäftsführender Gesellschafter der

Firmengruppe Wittrock & Uhlenwinkel

Allen Beiratsmitgliedern danken wir für ihren Rat und ihre Einsatzbereitschaft, mit denen sie die Entwicklung der Sparkasse Bremen in ihren Stadtteilen gefördert und dazu beigetragen haben, die enge Verbindung der Sparkasse zur bremischen Bevölkerung und zur heimischen Wirtschaft zu pflegen.

UNTERNEHMENSBEREICHE

MARKTBEREICH

Firmenkunden

Dipl.-Vw. Wolfgang Jahn

Ralf Kubitz

Internationale Firmenkunden

Prof. Dr. iur. Christoph

Graf von Bernstorff

Treasury

Jörg Lindenberg

Direktion Filialen

Klaus Selchert

SERVICEBEREICH

Facility Management

Dipl. Ing. Jürgen Salmon

Finanzen

Dipl. Kffr. Heike Schmitz

Kreditmanagement

Rainer Büssenschütt

Organisation und

Informationstechnologie

Erich Hennenberg

Personal und Bildung

Dr. phil. Eike Ballerstedt

Revision

Dr. phil. Malte M. Mellmann

Sonderaufgaben

Willi Astor

Unternehmensentwicklung

Kester Kleinert

Vorstandssekretariat

Thomas Rohwer-Kahlmann

Zentraler Kundenservice

Gerhard Gutzmann

**DIE SPARKASSE
BREMEN AG
LAGEBERICHT**

RAHMENBEDINGUNGEN

SILBERSTREIF – TROTZ ABGESCHWÄCHTEN WACHSTUMS

Das Wirtschaftswachstum fiel 2005 schwächer als 2004 aus, aber doch besser als noch zuletzt erwartet.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg bundesweit um 0,9 % (2004: 1,6 %). Treibende Kraft war der dynamische Außenhandel. Die Exporte legten deutlicher als die Importe zu. Sorgenkind blieb die Binnennachfrage. Während die privaten Konsumausgaben auf dem Niveau von 2004 stagnierten, gingen die staatlichen Konsumausgaben zurück. Die Zahl der Erwerbstätigen verringerte sich geringfügig. Betroffen vom Beschäftigungsrückgang waren vor allem das produzierende und das Baugewerbe. Die Dienstleistungsbereiche (Handel, Gastgewerbe, Verkehr und sonstige Dienstleistungsbereiche) verzeichneten leichte Beschäftigungsgewinne. Begleitet wurde diese Entwicklung von einem seit der deutsch-deutschen Wiedervereinigung anhaltenden Strukturwandel. Im Jahresdurchschnitt 2005 waren mehr als zwei Drittel aller Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbranchen tätig. Ihr Anteil in Relation zur gesamten Erwerbstätigkeit erhöhte sich von 59,5 % im Jahr 1991 auf 71,9 % im vergangenen Jahr. Im produzierenden und im Baugewerbe hat sich die Beschäftigung im gleichen Zeitraum kontinuierlich verringert.

Die Entwicklung in Bremen verlief parallel. Mit einem Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 2005 um 0,6 % gelang es abermals, Anschluss an die bundesdeutsche Entwicklung zu halten. Die Binnennachfrage blieb auch hier unterkühlt, aber als traditioneller Außenhandelsstandort profitierte Bremen natürlich vom Exportwachstum. Die Exporte machen allein 44 % des heimischen BIP aus (Bundesdurchschnitt: 33 %). Leistungsträger waren vor allem die Hafen- und Logistikwirtschaft, insbesondere der Automobilumschlag. Der Einzelhandel hat sich stabilisiert. Entgegen dem Bundestrend erwies sich die Baubranche hier stabiler als die Industrie. Die positive Entwicklung in der Stahl- und Luftfahrtindustrie konnte die insgesamt rückläufigen Industrieumsätze nicht kompensieren. Die Industrie verzeichnete einen entsprechend höheren Beschäftigungsrückgang als der bremische Dienstleistungssektor.

Die Indikatoren lassen 2006 allgemein eine deutlichere konjunkturelle Belebung als 2005 erwarten. Von ihr wird auch der exportorientierte Wirtschaftsstandort Bremen profitieren.

2005 – DAS ERSTE VOLLE GESCHÄFTSJAHR IN NEUER STRUKTUR

Im Rahmen der Ausgliederung des Bankbetriebes auf Die Sparkasse Bremen AG mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2004 hatte »Die Sparkasse Bremen – Gruppe« ihrer Struktur ein neues Kleid gegeben. Der wirtschaftliche Verein – über 179 Jahre als Die Sparkasse in Bremen bewährter Träger des Sparkassengeschäfts – blieb erhalten, firmiert heute als Finanzholding der Sparkasse in Bremen und hält sämtliche Aktien der Die Sparkasse Bremen AG, darüber hinaus weiterhin die Beteiligungen an der Böttcherstraße GmbH, der BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT – Aktiengesellschaft von 1877–, der GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, der Nordwestdeutschen Treuhandstelle für Dauergrabpflege GmbH sowie der 2005 neu gegründeten NRS Norddeutsche Retail-Service AG mit Sitz in Bremen und in Hamburg.

Für unsere Kunden und an unserer Philosophie hat sich dadurch nichts geändert. Die heute in der Rechtsform der Aktiengesellschaft betriebene Die Sparkasse Bremen bleibt führender Finanzdienstleister für Privat-, Individual- und mittelständische Firmenkunden der Region, gemeinwohlorientiert und sich seiner Verantwortung für die Region stets bewusst.

Die Eintragung der Ausgliederung in das Handelsregister erfolgte am 6. September 2004. Alle vor diesem Datum liegenden genannten Vergleichszahlen beziehen sich daher auf den noch unter Die Sparkasse in Bremen geführten wirtschaftlichen Verein.

NRS NORDDEUTSCHE RETAIL-SERVICE AG – EIN WEITERER LEISTUNGSSTARKER PARTNER

Das Kreditgewerbe ist unverändert einem sich deutlich verschärfenden Wettbewerb ausgesetzt – untereinander, aber vor allem auch mit neu auf den Markt drängenden Mitbewerbern. Begleitet wird dies von unaufhaltsam steigenden Belastungen aufgrund zunehmender aufsichtsrechtlicher Anforderungen – von Basel II bis zu den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Beides führt insbesondere für das deutsche Kreditgewerbe zu einem gewaltigen strukturellen Umbruch, dem vielleicht größten Umbruch seit fünf Jahrzehnten. So sank – zumeist fusionsbedingt – die Zahl der deutschen Sparkassen in den letzten drei Jahren von 519 auf 463 Institute mit der Folge, dass die zu größeren Einheiten verschmolzenen Sparkassen einen wichtigen Wettbewerbsvorteil einzubüßen drohen: ihre Nähe und enge Verbundenheit zur Region.

Eine starke und zentral aufgestellte Konkurrenz zwingt zum Handeln. Um den Herausforderungen wirksam zu begegnen, wird die Sparkasse Bremen ihren bereits in den Vorjahren eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen, einerseits die Kräftebündelung auf allen Ebenen voranzutreiben, andererseits ihre internen Strukturen und Prozesse mit dem Ziel weiterer Optimierung laufend auf den Prüfstand zu stellen.

Ein ganz entscheidender Schritt auf dem Weg weiterer Kräftebündelung war die Ende 2005 erfolgte Gründung der NRS Norddeutsche Retail-Service AG mit Doppelsitz in Bremen und Hamburg. Sie wird als Dienstleister an beiden Standorten zunächst Marktfolgeaufgaben im Aktiv- und Passivgeschäft, Aufgaben im Rahmen des Zahlungsverkehrs sowie die Methodenentwicklung und das Reporting im Bereich Finanzen/Controlling, später ggf. weitere Stabs- und Servicefunktionen übernehmen. Die Gesellschaft bewegt sich damit in einem neuen, rasch wachsenden Dienstleistungsmarkt, der zu Beschäftigungszuwächsen führen wird, von denen auch der Standort Bremen angemessen profitiert. Das bietet Chancen und erhebliche Wachstumspotenziale für Bremen.

Die Sparkasse Bremen erhält mit der NRS Norddeutsche Retail-Service AG einen weiteren leistungsfähigen Partner. Sie bleibt damit für ihre Privat-, Individual- und mittel-

ständischen Firmenkunden auch künftig ein verlässlicher, unabhängiger und starker Finanzdienstleister. Eine Einflussnahme der NRS Norddeutsche Retail-Service AG auf ihre Entscheidungen ist gesetzlich wie vertraglich ausgeschlossen. So werden zum Beispiel Kreditentscheidungen und Kreditabwicklungsprozesse weiterhin ausschließlich von der Sparkasse Bremen selbst getroffen bzw. nach ihren Vorgaben gestaltet. Der gesamte Entscheidungs- und Abwicklungsprozess bleibt damit in ihrer Hand.

Die ursprünglich angedachten Überkreuzbeteiligungen an den Sparkassen in Bremen und Hamburg sind insbesondere aufgrund der Änderung des Pfandbriefgesetzes und der dadurch eröffneten besseren Refinanzierungsmöglichkeiten nicht mehr vorgesehen. Alleinaktionärin der Sparkasse Bremen ist und bleibt die Finanzholding der Sparkasse in Bremen.

Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen und die HASPA Finanzholding haben sich im Verhältnis 20 (Bremen) : 80 (Hamburg) an der NRS Norddeutsche Retail-Service AG beteiligt. Ihre Gremien (Aufsichtsrat, Vorstand) sind ebenfalls im Verhältnis 20 (Bremen) : 80 (Hamburg) besetzt. Diese Eckpunkte wie auch der Doppelsitz und die Standorte in Bremen und Hamburg sind zu Gunsten der Finanzholding der Sparkasse in Bremen dauerhaft abgesichert.

Darüber hinaus hat sich der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein grundsätzlich für eine Beteiligung als Gesellschafter an der NRS Norddeutsche Retail-Service AG ausgesprochen. Die Gesellschaft wird als strategisch und betriebswirtschaftlich wichtiges Kooperationsmodell angesehen, das langfristig die Eigenständigkeit der regionalen Sparkassen vor Ort sichert und damit gewährleistet, dass – anders als im Falle von Fusionen – ein wichtiger Wettbewerbsvorteil von Sparkassen erhalten bleibt: ihre Nähe und enge Verbundenheit zur Region.

IM FOKUS – DIE VERTRIEBSSPARKASSE

Ein weiterer Schwerpunkt lag und liegt in der weiteren konsequenten Ausrichtung der Sparkasse Bremen zur Vertriebsparkasse. Zu diesem Zweck haben wir 2005 unser Produktangebot bereinigt und bedarfsgerecht gestrafft. In einem weiteren Schritt ordneten wir Anfang 2006 unsere bisher dezentral aufgestellten FirmenkundenCenter der Einheit Firmenkunden zu und trennten den Privatkundenbereich organi-

satorisch in das Standard- und das Individualkundengeschäft. Parallel dazu legten wir die Projekte »Neue Vertriebsstruktur Privatkunden« und »Neue Vertriebsstruktur Firmenkunden« auf – alles mit der Zielsetzung, unsere Ertragslage auf der Basis einer neuen Vertriebsstruktur weiter zu verbessern, d. h. insbesondere im Retailgeschäft profitabler zu werden und uns auf die einzelnen Kundengruppen zu konzentrieren.

GESCHÄFTSVERLAUF

MARKTANTEILE BEHAUPTET – BILANZSUMME AUSGEWEITET

Trotz des nicht ganz unproblematischen wirtschaftlichen Umfeldes ist es uns auch 2005 gelungen, unsere hohen Marktanteile im Kundengeschäft erfolgreich zu behaupten. Mit der Geschäftsentwicklung der Sparkasse Bremen können

wir deshalb durchaus mehr als zufrieden sein. Bei erhöhten Einlagen und moderat gestiegenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nahm die Bilanzsumme um 4,4 % auf 10,8 Mrd. € zu.

KREDITGESCHÄFT

ENTWICKLUNG DES KREDITGESCHÄFTS					
	2005 in Mio.€	2004 in Mio.€	2003 in Mio.€	2002 in Mio.€	2001 in Mio.€
Gesamtforderungen an Kunden	7.830,3	7.881,7	7.657,5	7.663,0	7.786,2
davon:					
Wechsel	20,7	46,4	51,9	78,8	50,5
Kurz-, mittel- und langfristige Kundenforderungen	7.419,0	7.378,1	7.161,0	7.157,3	7.218,1
davon:					
Erworbene Schuldscheine	262,4	257,2	6,2	116,7	176,8
Durchlaufende Kredite	20,2	19,7	13,0	5,9	41,9
Avale und Indossamentsverbindlichkeiten	370,4	437,5	431,6	421,0	475,7
Forderungen an Kreditinstitute	998,5	939,8	545,3	1.184,3	1.253,0

Die Gesamtforderungen an Kunden (einschließlich Wechseln, erworbenen Schuldscheinen, durchlaufenden Krediten, Avalen und Indossamentsverbindlichkeiten) stabilisierten

sich 2005 bei 7,8 Mrd. €. Im Einzelnen verlief die Entwicklung differenziert.

ENTWICKLUNG DES KREDITGESCHÄFTS MIT FIRMEN- UND PRIVATKUNDEN

	2005 in Mio.€	2004 in Mio.€	2003 in Mio.€	2002 in Mio.€	2001 in Mio.€
Firmenkunden *	4.447,5	4.364,0	4.350,1	4.329,5	4.276,9
Privatkunden *	2.918,7	2.978,9	2.987,7	2.907,5	2.879,2

* auf Basis der aufsichtsrechtlichen Meldedaten

Bei einem geringfügig rückläufigen Kreditgeschäft mit Privatkunden nahm das Kreditgeschäft mit Firmenkunden um 1,9 % auf 4,4 Mrd. € zu, darunter abermals vor allem die Investitionskredite.

Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich um 6,2 % auf knapp 1 Mrd. € erhöht.

EINLAGENGESCHÄFT

ENTWICKLUNG DES EINLAGENGESCHÄFTS

	2005 in Mio.€	2004 in Mio.€	2003 in Mio.€	2002 in Mio.€	2001 in Mio.€
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und aus Schuldverschreibungen	6.736,0	6.482,8	6.183,7	6.138,2	6.008,7
davon:					
Spareinlagen	3.824,8	3.644,8	3.375,2	3.218,8	3.063,5
Sparkassenbriefe	20,7	30,1	72,2	112,6	122,0
Schuldverschreibungen	509,7	649,4	701,6	751,8	776,9
Täglich fällige Einlagen	1.645,8	1.509,3	1.393,2	1.425,1	1.372,1
Befristete Einlagen	735,0	649,2	641,5	629,9	674,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.160,1	3.000,3	3.142,8	3.314,0	3.427,0

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und aus Schuldverschreibungen (einschließlich Schuldverschreibungen mit Nachrangabrede) erhöhten sich um 3,9 % auf mehr als 6,7 Mrd. €. Erfreulich entwickelten sich wiederum die Spareinlagen. Sie legten um 4,9 % auf über 3,8 Mrd. € zu, darunter die Sondersparform Prämiensparen flexibel sogar um 5,9 % auf 1,5 Mrd. €.

Nach dem Rückgang im Vorjahr stiegen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 5,3 % auf knapp 3,2 Mrd. €. Dabei wirkten sich die ausgeweiteten Eigenanlagen aus.

DIENSTLEISTUNGSGESCHÄFT

Unsere Kompetenz im Dienstleistungsgeschäft spiegelt sich wider im guten Provisionsergebnis. Mit 55,6 Mio. € hat es den sehr guten Vorjahreswert nur um 1,4 % knapp verfehlt. Zurückzuführen ist dies neben der Zunahme bei unseren Abschlussprodukten sowohl im Firmenkunden- als auch im

Privatkundengeschäft unter anderem auf die Begleitung des erfolgreichen Börsenganges der ErSol Solar Energy AG. Nach dem Rückgang im Vorjahr infolge fehlenden Vertrauens der Anleger in die konjunkturelle Erholung hat sich unser Wertpapierdienstleistungsgeschäft teilweise erholt.

ENTWICKLUNG DES WERTPAPIERDIENSTLEISTUNGSGESCHÄFTS					
	2005 in Mio.€	2004 in Mio.€	2003 in Mio.€	2002 in Mio.€	2001 in Mio.€
Aktien und Investmentzertifikate	463,2	454,8	542,9	443,2	829,5
Festverzinsliche Wertpapiere	198,9	181,0	233,2	357,1	462,5
Eigenemissionen	206,8	226,9	303,7	285,8	358,1

Während die Umsätze in Aktien und Investmentzertifikaten um 1,8 % auf mehr als 463 Mio. € stiegen, reduzierten sich

die Umsätze in unseren Eigenemissionen um 8,9 % auf knapp 207 Mio. €.

EIGENANLAGEN UND -HANDEL

Die Eigenanlagen haben sich wiederum sehr positiv entwickelt. Wir haben das Fondsenagement aufgestockt und hinsichtlich der Assetklassen weiter diversifiziert. Damit ergibt sich auch in Bezug zum sonstigen Aktivgeschäft eine gewollte Verteilung der Risiken auf mehrere Träger.

Diese weitergehende Diversifikation wurde zum Beispiel durch Investments in den Assetklassen ABS, dänischen Pfandbriefen oder auch Nachranganleihen realisiert. Zur Beimischung hat die Sparkasse ebenso die Möglichkeiten des neuen Investmentgesetzes genutzt. Das Engagement in Aktien ist teilweise durch Wertsicherungsmodelle abgesichert. Die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere haben sich infolge von Fälligkeiten reduziert.

Die gute Ertrags-Risiko-Relation der vergangenen Jahre konnte auf hohem Niveau stabilisiert werden, so dass die

Eigenanlagen insgesamt wesentlich zum Zinsergebnis und zusammen mit dem Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft maßgeblich zum Jahresergebnis beigetragen haben.

In den Fondsbeständen befinden sich am Jahresende Reservepositionen.

Auch künftig werden wir an der weiteren Optimierung des Fondsenagements arbeiten.

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften hat sich im Vergleich zum Vorjahr sehr positiv entwickelt. Träger des Erfolges war der Aktien- und Devisenhandel. Im Mittelpunkt des Devisenhandels steht das Kundengeschäft, in dem zu einem bedeutenden Anteil Derivate (Termingeschäfte, Optionen, Swaps) nachgefragt wurden, deren Ergebniswirksamkeit jedoch teilweise erst in der Zukunft liegt.

BETEILIGUNGEN UND ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Unser Beteiligungs- und Anteilsbesitz an verbundenen Unternehmen stieg um 8,9 % auf 184,5 Mio. €.

Die Sparkasse Bremen AG übernahm 2005 eine Beteiligung an der neu errichteten Wincor Nixdorf Portavis GmbH, einem Gemeinschaftsunternehmen der Sparkassen in Bremen und Hamburg unter Führung der Mehrheitsgesellschafterin Wincor Nixdorf, auf das die beteiligten Sparkassen ihren IT-Service und -Betrieb (technische Bereitstellung der Infrastruktur ohne Groß-DV und -Anwendungsentwicklung) ausgelagert haben.

Darüber hinaus veräußerte die nwk nordwest Kapitalbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH die ihr nach dem erfolgreichen Börsengang der ErSol Solar Energy AG verbliebenen ErSol-Aktien zum Kaufpreis von 10,1 Mio. € an eine von der Die Sparkasse Bremen AG 2005 erworbene Tochtergesellschaft, die nwb nordwest Beteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, vormals firmierend als STG Einhundertvierundachtzigste Vermögensverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH. Der aus dem Aktientransfer erzielte außerordentliche Ertrag der nwk nordwest Kapitalbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH von 8,6 Mio. € floss noch 2005 ergebniswirksam der Sparkasse Bremen zu.

Im Übrigen resultiert die Zunahme der Beteiligungen und des Anteilsbesitzes an verbundenen Unternehmen – neben

einer Beteiligungsübernahme an der neue leben Pensionsverwaltung AG – aus Erhöhungen unserer Beteiligungen an der Freie Internationale Sparkasse S.A., der FPE Faulen-Quartier Projekt- und Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG, der nwi nordwest international Servicegesellschaft mbH sowie der Odewald & Compagnie GmbH & Co. Kommanditgesellschaft für Vermögensanlagen in Portfoliounternehmen.

Der Übernahme von neuen bzw. der Erhöhung von bestehenden Beteiligungen standen – neben geringfügigen Reduzierungen anderer Beteiligungen – die Veräußerungen unserer Beteiligungen an der nordwest-leasing GmbH sowie an der ZVS Zahlungsverkehrs- und Transaktionsservicegesellschaft mbH gegenüber. Erstere haben wir an ihre Hauptgesellschafterin, die Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, letztere an die von der Finanzholding der Sparkasse in Bremen und der HASPA Finanzholding errichtete gemeinsame NRS Norddeutsche Retail-Service AG, Bremen/Hamburg, veräußert.

Die Veränderungen im Beteiligungsbereich erfolgten – bei Beachtung unserer nach den Mindestanforderungen für das Kreditgeschäft erforderlichen Beteiligungsstrategie – sowohl unter strategischen als auch ertragsorientierten Gesichtspunkten. Mit unseren Tochterunternehmen bestehen zumeist Ergebnisabführungsverträge.

SACHINVESTITIONEN

Nach umfangreichen Investitionen in unser Filialnetz in den Vorjahren, insbesondere in unser FinanzCentrum Am Brill, haben sich die immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen um 3,9% auf 128,5 Mio. € reduziert.

PERSONAL- UND SOZIALBEREICH

Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich stichtagsbezogen um 3,0 % auf 1.713 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter verringert, darunter 435 Teilzeitkräfte und Aushilfen sowie 81 Auszubildende. Dies ist – neben der Inanspruchnahme von Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelungen sowie Prozessverbesserungen im Stabs- und Marktfolgebereich – vor allem auf die Auslagerung des IT-Services und -Betriebes (technische Bereitstellung der Infrastruktur ohne Groß-DV und -Anwendungsentwicklung) auf die Wincor Nixdorf Portavis GmbH zurückzuführen.

Ein gutes Ausbildungs- und Weiterbildungsangebot gewährleistet, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den steigenden Anforderungen stets gerecht werden können, sei es der Beratungsbedarf unserer Firmen- und Privatkunden, sei es die Komplexität der Bankenaufsicht und der Banksteuerung.

Von 1.468 in bankspezifischen Bereichen beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verfügten 27,3 % über den Abschluss als Bankkauffrau bzw. Bankkaufmann, weitere 10,2 % zusätzlich über den Abschluss als Sparkassenfachwirt bzw. weitere 31,9 % zusätzlich über den Abschluss als Sparkassenbetriebswirt (grad.) sowie weitere 1,0 % darüber hinaus über den Abschluss als Diplom-Sparkassenbetriebswirt der Deutschen Sparkassenakademie. Insgesamt 8,2 % waren im Besitz eines Universitäts-, Hochschul- oder Fachhochschulabschlusses.

Unser Weiterbildungsangebot fand reges Interesse. Betriebsinterne Seminare wurden von 2.540 und betriebs-externe Seminare von 349 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besucht.

VERMÖGENSLAGE

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER BILANZPOSITIONEN					
	2005 in Mio.€	2004 in Mio.€	2003 in Mio.€	2002 in Mio.€	2001 in Mio.€
Forderungen an Kreditinstitute	998,5	939,8	545,3	1.184,3	1.253,0
Forderungen an Kunden	7.419,0	7.378,1	7.161,0	7.157,3	7.218,1
Wertpapiere	1.871,3	1.378,0	1.917,3	1.266,7	1.184,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.160,1	3.000,3	3.142,8	3.314,0	3.427,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.226,3	5.833,3	5.482,1	5.386,4	5.231,7

Die kurz-, mittel- und langfristigen Forderungen an Kunden erhöhten sich lediglich geringfügig auf 7,4 Mrd. €. Wir gehen davon aus, dass das Kundenkreditgeschäft auch künftig nur moderat steigen wird. Stattdessen nutzten wir den deutlichen Zuwachs unserer Kundeneinlagen, um unsere Wertpapierposition auszubauen und Ertrags-Chancen zu nutzen.

Die Eigenmittel der Sparkasse Bremen belaufen sich nach Gewinnverwendung auf 824,7 Mio. €. Das daraus abgeleitete Verhältnis der Eigenmittel zu den gewichteten Risikoaktiva bildet eine angemessene Ausgangsbasis für die weitere Geschäftsentwicklung.

Die Bewertung der Wertpapiere sowohl des Handelsbestandes und der Liquiditätsreserve als auch des Anlagevermögens erfolgte nach dem strengen Niederstwertprinzip.

FINANZLAGE

Die wesentliche Grundlage zur Beurteilung unserer kurzfristigen Zahlungsbereitschaft ist für uns der die materielle Liquidität widerspiegelnde Grundsatz II. Im Durchschnitt überstieg die Liquiditätskennzahl die erforderliche Mindestnorm um das 1,9-fache.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften unterhielten wir bei der Deutschen Bundesbank, Hauptverwal-

tung Hannover, Filiale Bremen, ein laufendes Guthaben von im Jahresdurchschnitt täglich 111,2 Mio. €.

Neben der Barreserve, den Geldanlagen bei Kreditinstituten und den festverzinslichen Wertpapieren, die zum Bilanzstichtag einen Gesamtwert von 1,6 Mrd. € repräsentierten, stellt die von uns betriebene Liquiditätssteuerung die Zahlungsbereitschaft auch künftig sicher.

ERTRAGSLAGE

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER ERTRAGSPOSITIONEN					
	2005 in Mio.€	2004 in Mio.€	2003 in Mio.€	2002 in Mio.€	2001 in Mio.€
Zinsüberschuss	217,4	226,5	236,0	207,8	199,2
Provisionsüberschuss	55,6	56,4	50,6	48,1	45,5
Personalaufwand	112,6	115,6	121,8	126,9	128,2
Sach- und Werbeaufwand	78,1	81,5	88,1	84,5	81,3
Verwaltungsaufwand	190,7	197,1	209,9	211,4	209,5
Sonstiger ordentlicher Aufwand	3,6	4,4	3,6	3,3	2,3
Sonstiger ordentlicher Ertrag	12,3	12,9	14,6	12,2	12,3
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	2,2	1,0	3,1	0,5	-4,0
Bewertungsergebnis Wertpapiergeschäft	25,7	30,5	-5,2	-14,2	-38,2
Bewertungsergebnis Kreditgeschäft	-78,6	-97,1	-67,7	-73,2	-41,0
Sonstige Bewertungen	-0,1	-3,3	-5,6	-0,6	0,0
Betriebsergebnis nach Bewertung ¹⁾	10,3	4,4	26,5	-34,1	-26,5
Neutrales Ergebnis	10,2	3,8	18,5	49,8	35,0
Gewinnabhängige Steuern	6,8	-10,0	34,7	0,4	0,0
Jahresergebnis	13,7	18,2	10,4	15,3	8,5
Dividende	1,1	0,9	-	-	-
Rücklagenzuführung	12,6	17,3	9,8	14,7	7,7

¹⁾ jeweils nach Zuführung bzw. Auflösung von Vorsorgereserven

Die Darstellung der Ertragslage erfolgt wie in den Vorjahren auf betriebswirtschaftlicher Basis. Dies gewährleistet, dass – unabhängig von der handelsrechtlichen Publizitätspflicht – ganzjährig nach einer einheitlichen Systematik berichtet wird, die sowohl unserem internen Planungs- und Steuerungssystem als auch dem Prognosesystem des Deutschen Spar-

kassen- und Giroverbandes sowie dem Betriebsvergleich und dem Erfahrungsaustausch der Großsparkassen entspricht.

Der Zinsüberschuss verringerte sich 2005 – entsprechend dem allgemeinen Branchentrend – um 4,0 % bzw. 9,1 Mio. € auf 217,4 Mio. €. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen eine Folge der im Vergleich zur Passivseite stärker sinkenden

Durchschnittsverzinsung auf der Aktivseite. Im Zinsüberschuss enthalten sind Erlöse aus der Veräußerung der nach dem erfolgreichen Börsengang der ErSol Solar Energy AG im Bestand unserer nwk nordwest Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH verbliebenen ErSol-Aktien an ein weiteres unserer Tochterunternehmen, die im Rahmen eines Ergebnisabführungsvertrages an die Sparkasse Bremen abgeführt wurden. Der Zinsaufwand (einschließlich Zinsergebnis aus Derivaten) stieg um 4,4 % bzw. 12,0 Mio. € auf 281,7 Mio. €, der Zinsertrag um 0,6 % bzw. 2,9 Mio. € auf 499,1 Mio. €. Erträgen aus zusätzlichen Anlagen in Spezialfonds mit der Zielsetzung, Ertrags-Chancen zu nutzen, standen Aufwendungen für die zur Refinanzierung dieser Anlagen aufgenommenen Mittel gegenüber.

Der Provisionsüberschuss erreichte mit 55,6 Mio. € fast Vorjahreshöhe (56,4 Mio. €) – ein Erfolg, der unsere breite kundenorientierte Dienstleistungspalette und Fokussierung auf unsere Vertriebsleistung widerspiegelt, insbesondere aber auch ein erfreuliches Ergebnis der Begleitung des erfolgreichen Börsenganges der ErSol Solar Energy AG ist.

Während die Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft stiegen, verringerten sich die Provisionen aus dem vermittelten Versicherungsgeschäft.

Der Personalaufwand nahm um 2,6 % bzw. 3,0 Mio. € auf 112,6 Mio. € (Vorjahr: 115,6 Mio. €) im sechsten Jahr in Folge weiter ab. Dies war 2005 das Resultat geringerer Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen, nachdem die Tarifsteigerung 2005 bereits im Vorjahr berücksichtigt worden war.

Den Sach- und Werbeaufwand konnten wir um 4,2 % bzw. 3,4 Mio. € auf 78,1 Mio. € (Vorjahr: 81,5 Mio. €) abermals reduzieren – im Wesentlichen ein Ergebnis eines stringenten zentralisierten Kostenmanagements.

Der sonstige ordentliche Ertrag bewegte sich mit 12,3 Mio. € (Vorjahr: 12,9 Mio. €) auf dem Niveau des Vorjahres. Unter dieser Position sind vor allem die Erlöse aus der Leistungsverrechnung mit unseren Tochterunternehmen zusammengefasst. Der sonstige ordentliche Aufwand reduzierte sich um 0,8 Mio. € auf 3,6 Mio. €, darunter Aufwendungen für und Abschreibungen auf Gebäude und Geschäftsausstattung sowie Instandhaltungen.

Die Cost-Income-Ratio erreichte mit 67 % den Vorjahreswert.

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften verbesserte sich um 1,2 Mio. € auf 2,2 Mio. €, mit 0,7 Mio. € zu einem wesentlichen Anteil eine Folge des Devisenhandels.

Das Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft erreichte nicht das sehr gute Vorjahresergebnis, trug aber immerhin 25,7 Mio. € (Vorjahr: 30,5 Mio. €) zum Ergebnis bei. Um 4,2 Mio. € geringeren Zuschreibungen und 2,7 Mio. € höheren Abschreibungen standen gestiegene Kursgewinne gegenüber. Die Zuschreibungen resultierten weit überwiegend aus der guten Marktentwicklung bei den Spezialfondsanteilen im Anlagebestand.

Das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft konnte erheblich verbessert werden. Es lag mit 78,6 Mio. € (Vorjahr: 97,1 Mio. €) deutlich unter dem Vorjahreswert. Die Wertberichtigungen und Abschreibungen reduzierten sich um 26,2 Mio. €, die Erträge aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen, Pauschalwertberichtigungen und Rückstellungen sowie aus Eingängen auf abgeschriebene Forderungen um 7,7 Mio. €. Die Risikoentwicklung aus dem laufenden Kreditgeschäft verläuft weiter positiv.

Das neutrale Ergebnis beinhaltet eine Vielzahl zusammengefasster Erträge und Aufwendungen, die betriebswirtschaftlich und systembedingt nicht dem ordentlichen Betriebsergebnis zuzurechnen sind. Es stieg um 6,4 Mio. € auf 10,2 Mio. € (Vorjahr: 3,8 Mio. €). Die Zunahme resultiert im Wesentlichen aus periodenfremden Erträgen für vorzeitige Darlehensablösungen, daneben aus dervorzeitigen Schließung eines Swaps sowie aus der Teilauflösung von Vorjahresrückstellungen.

Die aus der Entwicklung der Ertragslage abgeleitete Eigenkapitalrentabilität vor Steuern betrug 10,3 % (Vorjahr: 6,6 %).

Nach Dotierung der Vorsorgereserven und Abzug der gewinnabhängigen Steuern verbleibt ein Jahresergebnis von 13,7 Mio. € (Vorjahr: 18,2 Mio. €). Davon sollen 1,1 Mio. € (Vorjahr: 0,9 Mio. €) an die Finanzholding der Sparkasse in Bremen ausgeschüttet sowie 12,6 Mio. € (Vorjahr: 17,3 Mio. €) zur weiteren Substanzstärkung den Gewinnrücklagen zugeführt werden.

NACHTRAGSBERICHT

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2005 haben sich keine wesentlichen Vorgänge ereignet, über die zu berichten wäre.

RISIKOBERICHT

Der Erfolg bankbetrieblicher Tätigkeit steht in einem engen Spannungsverhältnis zu den eingegangenen Risiken. Die bewusste Übernahme von Risiken wirkt sich daher unmittelbar auf den Erfolg aus.

Die Risikoübernahme und -steuerung erfolgt dabei grundsätzlich unter der Beachtung zweier Aspekte: Es müssen zu-

nächst ein entsprechendes Deckungskapital vorhanden und weiterhin ein angemessener Ertrag zu erwarten sein.

Bei den weiterhin nicht ganz unproblematischen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist die aktive Risikosteuerung in der Kreditwirtschaft das zentrale Element, um den Erfolg und das nachhaltige Bestehen des Unternehmens zu sichern.

GESAMTBANKSTEUERUNG

Die Sparkasse Bremen verfügt über ein institutionalisiertes Verfahren zur strategischen und operativen Planung, an denen die maßgeblichen Organisationseinheiten der Sparkasse beteiligt sind. Die Verantwortung für die Koordination aller Planungsaktivitäten liegt in der Abteilung Unternehmensentwicklung. Die strategische Planung wird in jährlichen Intervallen auf ihre Aktualität überprüft und vom Vorstand beschlossen. Durch monatliche Soll-Ist-Vergleiche im Gesamtbanksteuerungsausschuss werden Planabweichungen in der operativen Planung rechtzeitig identifiziert und mögliche Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet.

Weitere Aufgaben des Gesamtbanksteuerungsausschusses führen zur Entscheidungsvorbereitung grundsätzlicher Vorgaben, wie Strategie, Risikodeckungsmasse sowie Verlust- und Risikolimits. Grundlage für den Gesamtbanksteuerungsausschuss, in dem der Vorstandsvorsitzende vertreten ist, sind dabei die Ergebnisse aus dem Treasury-Ausschuss und dem Ausschuss Kreditrisiko, die ebenfalls mit den zuständigen Vorstandsmitgliedern besetzt sind.

Das Risikomanagementsystem regelt den aufbau- und ablauforganisatorischen Rahmen zur Steuerung und Überwachung von Risiken, ist wesentlicher Bestandteil einer Gesamtbanksteuerung und steht im Fokus der sich im Berichtsjahr konkretisierenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen aus der Internationalen Konvergenz der Kapitalmessung und Eigenkapitalanforderungen (Basel II), deren nationalen Umsetzungsrichtlinien und den Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Kreditinstitute (MaRisk). Zur Umsetzung dieser Anforderungen hat die Sparkasse ein Großprojekt aufgelegt. Das Projekt wurde Ende 2004 begonnen und wird in wesentlichen Teilen 2006 umgesetzt.

ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER RISIKOLAGE

Bei allen Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben können, wird ein wirksames Risikomanagement und -controlling eingesetzt. Risiken der künftigen Entwicklung, die bestandsgefährdend sein könnten, sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar.

Die Gesamtsumme aller Risiken war im Jahresverlauf jederzeit durch die eingesetzte Risikodeckungsmasse gedeckt. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die Summe der gewichteten risikotragenden Aktiva und der Risiken aus Marktrisikopositionen (Grundsatz I) überschreitet per 31. Dezember 2005 mit einer Gesamtkennziffer von 9,5 % deutlich den von der Bankenaufsicht vorgeschriebenen Mindestwert von 8 %.

Solvabilitätskoeffizient (= Grundsatz I)	31.12.2005	30.06.2005	31.12.2004
Gesamtkennziffer	9,5%	9,5%	9,7%

Mit dem Anspruch einer optimalen Steuerung der Rentabilität, des Risikos, der Liquidität und des Vermögens verfolgt die Sparkasse Bremen die permanente Weiterentwicklung und Optimierung ihrer steuerungsrelevanten Instrumente.

Im Folgenden werden weitere Informationen zum Risikomanagement und -controllingsystem sowie zur Risikolage für die einzelnen Risikoarten dargestellt.

ADRESSENAUSFALLRISIKO

Kein Kreditwachstum um jeden Preis – die Gesamtforderungen an Kunden (einschließlich Wechseln, erworbenen Schuldscheinen, durchlaufenden Krediten, Avalen und Indossamentsverbindlichkeiten) haben sich 2005 auf 7,8 Mrd. € stabilisiert.

Die Risikovorsorge hat sich – trotz weiterhin angespannter konjunktureller Rahmendaten – im Vorjahresvergleich deutlich reduziert, ist aber noch immer zu hoch. Für 2006 erwarten wir eine weitere Entlastung.

Die Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft der Kreditinstitute (MaK) waren bereits 2004 umgesetzt, unsere bisherigen Kreditleitlinien in die vom Gesamtvorstand verabschiedete Kreditrisikostategie integriert worden. Sie bildet seither den verbindlichen Orientierungsrahmen, nach dem sich die Aktivitäten in allen Bereichen unseres Kreditgeschäftes auf Gesamthaus-, Portfolio- und Einzelgeschäftsebene ausrichten. Hierbei fokussieren wir uns überwiegend auf unsere Privat- und Firmenkunden in unserem Geschäftsbereich, von denen wir eine angemessene Bonität erwarten.

Die Kreditrisikosteuerung wurde unter anderem in Bezug auf die Kreditgewährung, das Berichts- und Ausschusswesen sowie das Risikofrühwarnsystem fortentwickelt und erwei-

tert. Mit der laufenden Verbesserung soll eine weitere Begrenzung unserer Ausfallrisiken erfolgen.

Für die Begleitung von gefährdeten Kreditengagements und deren Intensivbetreuung in finanziellen Restrukturierungsprozessen setzen wir Mitarbeiter mit besonderem Know-how in einer vom Vertrieb unabhängigen Problemkredit-Gruppe ein.

Die Entscheidungsbefugnisse bei der einzelgeschäftlichen Kreditgenehmigung sind nach Kreditvolumen und Risikogehalt abgestuft. Ab festgelegten Kriterien ist die zusätzliche Risikobeurteilung durch ein vom Vertrieb unabhängiges Votum obligatorisch. Über die Hereinnahme bedeutender Risiken entscheidet der Kreditausschuss der Sparkasse.

Als wesentliche Instrumente zur Bemessung des Risikos im Kreditgeschäft wendet die Sparkasse bereits seit vielen Jahren für Firmenkunden sowie Privatkunden interne Ratingverfahren an. Für Firmenkunden werden seit Juni 2003 die je nach Kundensegment verschiedenen Ratingverfahren der Sparkassenorganisation eingesetzt, die für jeden Kunden die individuelle Bonität bestimmen.

Weiterhin werden die in einem Projekt des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes zum Aufbau eines Adressenrisikomanagement- und -controllingsystems entwickelten

Softwarepakete RAP («Risikoadjustierte Prämienbestimmung») zur Konditionsermittlung für geratete Kredite und CPV («CreditPortfolioView») zur Quantifizierung der erwarteten und unerwarteten Verluste aus Kreditausfällen bzw. Bonitätsverschlechterungen (Value at Risk zum Konfidenzniveau 99%, Haltedauer 1 Jahr) eingesetzt und weiter entwickelt.

Dieses VaR-Verfahren ermöglicht für die Berechnung der Ausfallrisiken auf Gesamtbankebene eine portfolio-orientierte Betrachtung mit einer entsprechenden Berechnung der Auslastung unserer Risikodeckungsmassen. Dadurch ist für die Berechnung der Adressenausfall- und der Marktpreisrisiken ein konsistenter Ansatz gegeben.

MARKTPREISRISIKO

Für die Marktpreisrisiken der Handelsgeschäfte nach der Definition der Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften (MaH) wurden vorstandsseitig Verlust- und Risikolimit festgelegt. Deren Einhaltung wird börsentäglich vom Risikocontrolling überwacht.

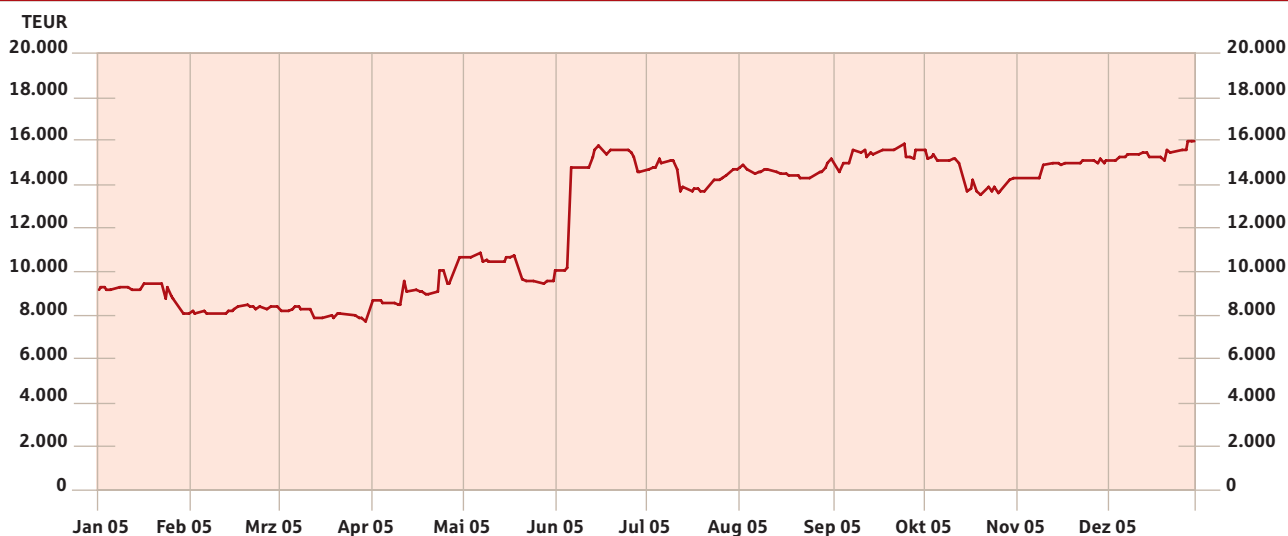
Das Verlustlimit, auf das die betriebswirtschaftlich ermittelten Handelsergebnisse angerechnet werden, begrenzt die Auswirkungen bereits eingetretener negativer Marktentwick-

Zur Begrenzung des Adressenausfallrisikos im Handelsbereich werden Volumenobergrenzen nach einem einheitlichen System beschlossen, das auf der Beurteilung quantitativer Bonitätsmerkmale des Handelspartners basiert. Im Risikocontrolling wird die Einhaltung der Handelspartnerlimite täglich überwacht, wobei der aktuelle Marktwert angerechnet wird.

Beteiligungsrisiken als besondere Ausprägung der Kreditrisiken werden mit Hilfe eines turnusmäßigen Beteiligungscontrollings und -berichtswesens gesteuert.

lungen. Die maximale Auslastung im Jahr 2005 lag bei 2,5 %. Dagegen werden die zukünftigen potenziellen Verluste durch das Risikolimit, bei dem die Marktpreisrisiken nach dem Value-at-Risk-Konzept (VaR) gemessen werden, limitiert. Der VaR (Konfidenzniveau 99%, Haltedauer 10 Tage) sämtlicher Handelsgeschäfte gemäß MaH lag im Durchschnitt des Jahres 2005 bei 12,4 Mio. €. Der Anstieg im Juni 2005 resultiert aus einer Ausweitung des Handelsgeschäfts.

**ENTWICKLUNG DES VALUE AT RISK (VaR) DER HANDELSGESCHÄFTE GEMÄSS MaH
KONFIDENZNIVEAU 99%, 10 TAGE HALTEDAUER**



Zur Überprüfung des VaR-Risikomodells wird täglich ein Backtesting durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass das verwendete Risikomodell die tatsächliche Wertveränderung abdeckt. Anpassungen waren nicht erforderlich.

Darüber hinaus werden im regelmäßigen Turnus mit Hilfe von Worst-Case-Szenarien extreme Marktbewegungen des Handelsbereichs simuliert.

Die Steuerung und Überwachung des Zinsänderungsrisikos der Sparkasse erfolgt institutionalisiert durch den Gesamtbanksteuerungsausschuss und den Treasury-Ausschuss unter vorbereitender Unterstützung durch das Treasury und das Risikocontrolling. Der Treasury-Ausschuss be-

schließt unter anderem über die Zinsmeinung der Sparkasse sowie über Maßnahmen zur Steuerung der Marktpreisrisiken innerhalb der Limite. Die eingesetzte Software versetzt die Sparkasse in die Lage, die barwertigen und GuV-bezogenen Zinsrisiken effizient zu quantifizieren und die Auswirkungen von Maßnahmen zu simulieren.

Die Sparkasse verfolgt eine semi-aktive Strategie. Sie orientiert sich an einer Benchmark (REX-P, gemäß Empfehlung des DSGV) und lässt innerhalb eines Zielkorridors von 80 – 120 % des festgelegten Ziel-VaR eine aktive barwertige Zinsbuchsteuerung durch den Treasury-Ausschuss zu.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Die Liquiditätsrisiken werden von der Sparkasse sowohl im Rahmen der Liquiditätsplanung und -steuerung als auch durch die Einhaltung der Liquiditätskennzahl des Grundsatzes II feingesteuert.

Risiken aus Zahlungsstromschwankungen werden, soweit sie für die Beurteilung der Lage oder der künftigen Entwicklung von Belang sein können, bei den jeweiligen Risikoarten implizit mit behandelt. So sind etwa zinsbezogene Zahlungsstromschwankungen bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten in der Zinsbuchsteuerung berücksichtigt, während schwankende Zahlungsströme durch Kundendispositionen im Rahmen der kurzfristigen Liquiditätssteuerung durch das Treasury gesteuert werden. Im Hinblick auf unsere Handelsgeschäfte werden darüber hinaus regelmäßig Stress-Szenarien simuliert.

Die Liquiditätskennzahl gemäß Grundsatz II lag im Jahr 2005 im Durchschnitt bei dem 1,9-fachen der erforderlichen Mindestnorm.

Liquiditätsgrundsatz (= Grundsatz II)	31.12.2005	30.06.2005	31.12.2004
Liquiditätskennziffer	1,96	2,09	1,90

Im Rahmen der Umsetzung von Basel II hat die Sparkasse in einer Vorstudie Felder für die Weiterentwicklung des Liquiditätsrisikomanagementsystems identifiziert und strebt die Verfeinerung der Liquiditätsplanung im Kontext des ganzheitlichen Risikomanagements an.

OPERATIONELLES RISIKO

Als Operationelle Risiken bezeichnet man die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten.

Beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband wurde im Herbst 2004 ein Pilotprojekt zu operationellen Risiken erfolgreich abgeschlossen. Unter Beteiligung vieler Sparkassen wurden neben den allgemeinen Grundlagen die drei Methoden Schadenfalldatenbank, Risikoinventur und Risikolandkarte entwickelt. Die Risikoinventur für operationelle Risiken gliedert sich in einen qualitativen und einen quantitativen Teil (Verlustpotenzialschätzung).

Eine Schadenfalldatenbank dient zur systematischen Erfassung eingetretener Verluste aus operationellen Risiken und darauf aufbauender Maßnahmen. Die tatsächlichen Verluste aus operationellen Risiken lagen im Jahr 2005, wie schon in den Vorjahren, deutlich unter dem zur Überprüfung der Risikotragfähigkeit reservierten Betrag.

Die Bewertung und Steuerung der im qualitativen Teil der Risikoinventur dokumentierten operationellen Risiken liegen in der Verantwortung der Unternehmensbereiche. Zur Beurteilung wird eine vierstufige Gewichtung und als Bewertung das Schulnotensystem eingesetzt. Unter Berücksichtigung von Kosten- und Effizienzaspekten entscheiden sie über den Einsatz von Begrenzungsmaßnahmen. Hierzu gehören unter anderem ein zeitgemäßes Anweisungswesen, ein Ausweichrechenzentrum, ausgereifte Datensicherungssysteme, regelmäßige Kontrolle der Arbeitsabläufe und die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen sowie ausgewählte Versicherungen.

Zusätzlich wurde im Berichtsjahr mit der Risikolandkarte ein weiteres, zukunftsorientiertes Instrument implementiert. Die Risikolandkarte ist eine Methode zur Verlustpotenzialschätzung anhand selbst entwickelter Risikoszenarien mit abteilungsübergreifenden Auswirkungen. Methodisch wurden die dezentral vorbereiteten Schadensszenarien in einem Workshop von den Verantwortlichen diskutiert. Zukünftig ist die Verlustpotenzialschätzung im jährlichen Wechsel auf Basis der Risikolandkarte und der Risikoinventur geplant.

Rechtsrisiken als Teil der operationellen Risiken werden durch eine sorgfältige Prüfung der vertraglichen Grundlagen und den Einsatz gebräuchlicher und juristisch geprüfter Standardverträge reduziert.

Ein wichtiger Bereich ist die Informationsverarbeitung, deren technischer Möglichkeiten sich die Sparkasse Bremen in großem Umfang bedient, um einen hohen Wirkungsgrad ihrer Geschäftsprozesse sicherzustellen. Entsprechend sind Informationstechnik (IT) und deren Sicherheit wichtige Bestandteile der Geschäftsstrategie und -politik. Daher wurde ein IT-Sicherheitsbeauftragter bestellt und ein IT-Sicherheitsmanagement etabliert, in das alle Organisationseinheiten, Tochtergesellschaften und externen Leistungserbringer einbezogen sind.

IT-Sicherheit wird als Prozess begriffen, der kontinuierlich fortgesetzt werden muss, um wirksam zu bleiben. Dessen Elemente sind in der IT-Sicherheitsleitlinie verbindlich dargestellt.

Einen wichtigen Schritt innerhalb der kontinuierlichen Verbesserung der IT-Sicherheit stellt die im Oktober 2005 vollzogene Gründung der Wincor Nixdorf Portavis GmbH dar, eines Gemeinschaftsunternehmens der Sparkasse Bremen, der Hamburger Sparkasse und des Mehrheitsgesellschafters Wincor Nixdorf. Unter Nutzung der langjährigen Erfahrungen dieses IT-Marktführers haben die beteiligten Sparkassen in dem Gemeinschaftsunternehmen ihren IT-Service und -Betrieb (technische Bereitstellung der Infrastruktur ohne Groß-DV und -Anwendungsentwicklung) gebündelt.

PROGNOSEBERICHT

Unter den im Folgenden dargestellten Prämissen berichten wir über die voraussichtliche Entwicklung der Sparkasse Bremen mit den wesentlichen Chancen und Risiken. Der Prognosezeitraum umfasst das laufende und kommende Geschäftsjahr. Die darin enthaltenen zukunftsgerichteten Aussagen und Informationen beruhen auf unseren aktuellen Erwartungen und heutigen Annahmen. Diese stützen sich im Wesentlichen auf die allgemein erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung, unsere operative Planung, unsere mittelfristige Ergebnisplanung sowie langjährige Erfahrungen. Dabei gehen wir grundsätzlich davon aus, dass der Entwicklung 2007 keine gravierend von 2006 abweichenden Verhältnisse zugrunde liegen werden. Jede Prognose ist jedoch naturgemäß mit nicht abwägbaren Ungewissheiten und dem Risiko behaftet, dass die tatsächliche Entwicklung anders verlaufen kann als prognostiziert.

In den wichtigen Kennzahlen streben wir überwiegend vergleichbare Ergebnisse an wie 2005. Wir sehen gute Chancen, das ausgewiesene Jahresergebnis halten, wenn nicht sogar etwas steigern zu können.

Die Zeichen stehen gut. Die neue Bundesregierung rechnet für 2006 mit einer Zunahme des BIP um 1,4 %. Die Finanzwelt blickt laut jüngsten Konjunkturumfragen so optimistisch wie seit zwei Jahren nicht mehr auf die wirtschaftliche Entwicklung. Aufgrund des überdurchschnittlichen Exportanteils mehren sich auch in Bremen die Anzeichen für eine leichte konjunkturelle Erholung.

Für den Kapitalmarkt erwarten wir eine differenzierte Entwicklung. Die Aktienkurse dürften sich zunächst weiter erholen, bevor infolge der nach den Zinserhöhungen der US-Notenbank abgekühlten US-Konjunktur erste Wolken nach Europa herüberziehen. Bei gewissen Schwankungen rechnen wir aus heutiger Sicht zunächst nicht mit gravierenden Zinssteigerungen, können diese im weiteren Verlauf aber nicht ganz ausschließen.

Von der konjunkturellen Erholung werden das Kreditgewerbe und auch die Sparkasse Bremen profitieren. Neben einer weiteren Belebung unseres Geschäftes erwarten wir, dass sich unsere Durchschnittsbilanzsumme auch künftig moderat ausweiten wird. Die Ausweitung wird vor allem vom Eigengeschäft, aber auch vom Firmenkunden- und Privatkundengeschäft getragen werden.

Im Kreditgeschäft rechnen wir aufgrund der verbesserten konjunkturellen Lage mit einer anziehenden Nachfrage sowohl der Firmen- als auch der Privatkunden. Die Bestände werden zunehmen. Dabei streben wir auch künftig ein lediglich moderates Wachstum an.

Eine verstärkte Nachfrage erwarten wir aufgrund dieser Entwicklung auch im Einlagengeschäft mit unseren Kunden. Die Bestände werden weiter steigen. Dies wird dadurch untermauert, dass wir bei unseren Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und aus Schuldverschreibungen (einschließlich Schuldverschreibungen mit Nachrangabrede), insbesondere unseren Spareinlagen, entgegen einer allgemein rückläufigen Tendenz in der Vergangenheit kontinuierlich Zuwächse verzeichnen konnten. Die grundsätzlich im Rahmen der Fälligkeiten prolongierten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden sich zur Refinanzierung der Eigenanlagen moderat ausweiten.

Für unser Dienstleistungsgeschäft gilt: Die Börsen haben das Vertrauen der Anleger zumindest teilweise zurück gewonnen. Das Vertrauen wird infolge der zumindest zunächst erwarteten Aktienkursentwicklung weiter zunehmen. Dies wird sich positiv auf unser Dienstleistungsgeschäft auswirken. Positive Effekte versprechen wir uns auch von unseren verstärkten Vertriebsaktivitäten im Rahmen der weiteren Ausrichtung der Sparkasse Bremen zur Vertriebsparkasse. Wir schätzen, dass die Umsätze steigen werden.

Parallel zur konjunkturellen Erholung und erwarteten Kapitalmarktentwicklung beabsichtigen wir, unsere Eigenanlagen und Handelsaktivitäten moderat weiter auszubauen, um Ertrags-Chancen zu nutzen.

Wir gehen davon aus, dass sich die Forderungen an Kunden sowie die Eigenanlagen, auf der anderen Seite die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie Kreditinstituten entsprechend ausweiten werden. Eine gravierende Verschiebung innerhalb der Vermögenslage erwarten wir dadurch nicht.

Auf die Entwicklung unseres Zins-, Provisions- und Bewertungsergebnisses wird sich dies – unserer Einschätzung nach – differenziert auswirken.

Für den Zinsüberschuss sehen wir aktuell eine eher rückläufige Tendenz. Aus der erwarteten Ausweitung unseres Kredit- und Einlagengeschäftes allein werden sich keine deutlich zunehmenden Ergebnisbeiträge generieren lassen. Die Sparkasse Bremen registriert – wie vielfach – im Aktivgeschäft einen stärkeren Rückgang der Durchschnittsverzinsung als im Passivgeschäft. Selbst wenn das Zinsniveau anziehen sollte, was wir im weiteren Verlauf nicht ganz ausschließen wollen, würde sich daran nichts ändern. Der Zinsaufwand würde stärker belastet als der Zinsertrag erhöht. Eine Erhöhung der Aktivkonditionen oder eine Zurückhaltung bei den Passivkonditionen lässt sich aufgrund des unverändert anhaltenden Margendruckes kaum durchsetzen. Die rückläufige Tendenz des Zinsüberschusses könnte allenfalls durch einen ähnlich guten Ergebnisbeitrag aus unserem Eigengeschäft wie 2005 kompensiert werden. Aus unseren kurzfristig angelegten Handelsaktivitäten und längerfristigen Eigenanlagen planen wir jedoch vorsorglich grundsätzlich nur überschaubare Ergebnisbeiträge ein.

Auf eine mit der Entwicklung des Aktiv- und des Passivgeschäftes einhergehende denkbare Zunahme von Zinsänderungsrisiken haben wir uns eingestellt, indem wir 2005 die Laufzeiten aufgenommenen Refinanzierungsmittel verlängert bzw. auslaufende durch neue langfristige Refinanzie-

rungsmittel ersetzt haben. Das bestehende Fondsenagement ist in weiten Teilen durch eine Durationssicherung gegen Zinssteigerungen immunisiert. Daneben setzen wir durch Investition in unterschiedlichen Märkten auf geringe Korrelationen zwischen den jeweiligen Zinskurven.

Beim Provisionsüberschuss sehen wir gute Chancen, aus heutiger Sicht zumindest das gute Ergebnis 2005 zu erreichen. Neben hohen Bestandsprovisionen für bereits in der Vergangenheit generiertes Geschäft werden sich dort infolge des erwarteten positiven Dienstleistungsgeschäftes und unserer verstärkten Vertriebsaktivitäten erhöhte Vertriebsprovisionen niederschlagen. In 2005 vereinnahmte, aber im weiteren Verlauf nicht planbare Einmalprovisionen sowie ein reduzierter Provisionsaufwand für unseren Mehrwertkontodienstleister werden das Provisionsergebnis entsprechend beeinflussen.

Nach einem tendenziell rückläufigen Verwaltungsaufwand in den Vorjahren gehen wir von einer leichten Zunahme aus. Entlastungen für den Personalaufwand werden sich aus der vorgesehenen weiteren Auslagerung von Stabs- und Serviceaufgaben auf die NRS Norddeutsche Retail-Service AG ergeben, was allerdings durch die anstehenden Tarifverhandlungen im Bankgewerbe teilkompensiert werden wird. Die Betriebsaufnahme der Wincor Nixdorf Portavis GmbH, die weitere Auslagerung von Stabs- und Serviceaufgaben und die Umsetzung des Projektes »Basel II« werden den Sachaufwand entsprechend erhöhen. Im Rahmen bestehender Verträge vorgesehene bzw. aktuell verhandelte Preisnachlässe unseres Facility-Management-Dienstleisters und unseres Kredit-Service-Centers werden sich positiv auswirken.

Im Hinblick auf unsere Cost-Income-Ratio streben wir tendenziell verbesserte Werte an, auch wenn wir uns aufgrund der erwarteten Entwicklung des Zinsüberschusses und des Verwaltungsaufwandes auf zunächst etwas ungünstigere Werte als 2005 einstellen.

Im Hinblick auf das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft gehen wir – trotz moderater Ausweitung der Kreditbestände – von nicht mehr zunehmenden Ausfallrisiken aus. Vielmehr erwarten wir, dass sich das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft weiter verbessern wird. Bereits im Vorjahr hatten wir eine erhebliche Risikovorsorge für bestehende Sanierungs- und Abwicklungsengagements getroffen und weisen auch 2005 eine zwar deutlich reduzierte, aber immer noch hohe Risikovorsorge aus. Die Risikoentwicklung aus dem laufenden Kreditgeschäft verläuft weiter positiv.

Nennenswerte Belastungen für das Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft erwarten wir nicht. Bei außergewöhnlichen Bewegungen an den Aktienmärkten sind wir kurzfristig in der Lage, die Bestände zu sichern. Das gesamte Fondsenagement kann innerhalb kurzer Zeit abgebaut werden.

Nach einem saldierten neutralen Ergebnis, das sich infolge wegfallender Einmaleffekte verringern wird, sind wir zuversichtlich, ein Ergebnis vor Steuern auf dem Niveau des 2005 ausgewiesenen Ergebnisses erzielen zu können. Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern wird jedoch – auf Basis einer vorsichtigen Einschätzung des Ergebnisbeitrages aus dem Eigengeschäft – den guten Wert 2005 nicht erreichen. Wir sind bestrebt, die Eigenkapitalrentabilität in den Folgejahren weiter zu verbessern.

SCHLUSSEKKLÄRUNG

Gemäß § 312 AktG haben wir über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen einen Bericht erstellt. Dieser Bericht schließt mit folgender Erklärung ab: »Gemäß § 312 Abs. 3 AktG erklären wir als Vorstand der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr 2005 nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft vorgenommen oder die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, bei jedem Rechtsgeschäft mit verbundenen Unternehmen oder bei jedem Rechtsgeschäft auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhielt und dadurch, dass die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, nicht benachteiligt wurde.

Bremen, im März 2006

Der Vorstand

**DIE SPARKASSE
BREMEN AG
JAHRESABSCHLUSS**

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2005

AKTIVSEITE	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			72.917.981,63		86.882
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank	80.847.720,36		<u>80.847.720,36</u>		168.373 168.373
				153.765.701,99	255.255
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	--		--		-- --
b) Wechsel darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	20.707.119,47		<u>20.707.119,47</u>		46.380 46.380
				20.707.119,47	46.380
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			326.215.585,87		243.445
b) andere Forderungen			<u>672.330.642,36</u>		696.320
				998.546.228,23	939.765
4. Forderungen an Kunden				7.419.032.898,29	7.378.108
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	2.525.656.334,86				2.455.916
Kommunalkredite	287.128.919,99				290.744
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	--		--		-- --
ab) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	--		--		-- --
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	50.184.444,44	50.184.444,44			90.092 90.092
bb) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	275.023.597,57	<u>339.353.647,14</u>	389.538.091,58		410.821 300.514
c) eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag	24.118.264,73		<u>24.960.025,14</u>		27.948 26.656
				414.498.116,72	528.861
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				1.456.788.716,71	849.126
7. Beteiligungen				75.247.898,73	73.134
darunter:					
an Kreditinstituten	11.943.964,79				11.944
an Finanzdienstleistungsinstituten	--				--
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				109.248.876,69	96.276
darunter:					
an Kreditinstituten	13.163.359,11				12.689
an Finanzdienstleistungsinstituten	--				--
9. Treuhandvermögen				20.197.576,99	20.741
darunter:					
Treuhandkredite	19.188.286,82				19.732
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				--	--
11. Immaterielle Anlagewerte				4.502.222,01	5.019
12. Sachanlagen				124.006.070,91	128.689
13. Sonstige Vermögensgegenstände				34.470.627,31	56.902
14. Rechnungsabgrenzungsposten				3.089.913,51	2.844
Summe der Aktiva				10.834.101.967,56	10.381.100

PASSIVSEITE	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			47.846.888,27		45.701
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>3.112.232.087,77</u>		2.954.604
				3.160.078.976,04	3.000.305
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		3.578.159.563,52			3.331.671
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>246.630.395,54</u>	3.824.789.959,06		313.100
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		1.645.840.406,94			1.509.274
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>755.661.196,73</u>	<u>2.401.501.603,67</u>		679.303
				6.226.291.562,73	5.833.348
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			300.448.444,65		388.766
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			<u>–,-</u>		–
darunter:					
Geldmarktpapiere	–,-				–
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	–,-				–
				300.448.444,65	388.766
4. Treuhandverbindlichkeiten				20.197.576,99	20.741
darunter:					
Treuhandkredite	19.188.286,82				19.732
5. Sonstige Verbindlichkeiten				29.964.305,29	27.380
6. Rechnungsabgrenzungsposten				13.678.824,94	13.436
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			237.780.908,00		234.190
b) Steuerrückstellungen			3.798.457,00		5.434
c) andere Rückstellungen			<u>24.396.661,58</u>		23.411
				265.976.026,58	263.035
8. Sonderposten mit Rücklageanteil				<u>–,-</u>	–
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				209.254.042,01	260.627
10. Genussrechtskapital				147.225.837,62	125.226
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	–,-				
11. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital					
aa) gezeichnetes Kapital		370.000.000,00			370.000
ab) Einlagen stiller Gesellschafter		<u>13.000.000,00</u>	383.000.000,00		13.000
b) Kapitalrücklage			47.041.959,68		47.042
c) Gewinnrücklage					
ca) gesetzliche Rücklage		–,-			–
cb) Rücklage für eigene Anteile		–,-			–
cc) satzungsmäßige Rücklagen		–,-			–
cd) andere Gewinnrücklagen		<u>17.269.473,78</u>	17.269.473,78		9.000
d) Bilanzgewinn			<u>13.674.937,25</u>		9.194
				460.986.370,71	448.236
Summe der Passiva				10.834.101.967,56	10.381.100
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			–,-		–
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			370.369.003,24		437.549
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			<u>–,-</u>		–
				370.369.003,24	437.549
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			–,-		–
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			–,-		–
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>213.406.486,74</u>		208.777
				213.406.486,74	208.777

**GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG FÜR DIE ZEIT
VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2005**

	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		435.541.420,86			433.040
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>13.319.689,73</u>	448.861.110,59		19.156
2. Zinsaufwendungen			<u>281.702.140,13</u>	+167.158.970,46	269.694 +182.502
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			57.670.383,70		46.390
b) Beteiligungen			1.132.619,90		998
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>1.114.677,57</u>		500
				59.917.681,17	47.888
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				12.115.003,54	10.876
5. Provisionserträge			61.941.270,25		61.803
6. Provisionsaufwendungen			<u>6.184.972,98</u>	+55.756.297,27	6.327 +55.476
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand aus Finanzgeschäften				+2.211.024,99	+986
8. Sonstige betriebliche Erträge				19.220.416,17	20.369
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil				-,-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		80.023.840,72			78.243
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	19.952.749,37	<u>33.745.267,72</u>	113.769.108,44		37.721 23.802
b) andere Verwaltungsaufwendungen			<u>66.590.426,76</u>		68.243
				180.359.535,20	184.207
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				12.423.074,45	14.585
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				9.648.732,11	10.264
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			103.832.881,47		117.372
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-,-	-103.832.881,47	- -117.372
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteili- gungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-,-		-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			<u>11.832.485,97</u>	+11.832.485,97	17.332 +17.332
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				955.129,41	580
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil				-,-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				+20.992.526,93	+8.421
20. Außerordentliche Erträge				-,-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen				-,-	-
22. Außerordentliches Ergebnis				-,-	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			6.828.110,15		-10.014
24. Sonstige Steuern			<u>489.479,53</u>	7.317.589,68	235 -9.779
25. Jahresüberschuss				13.674.937,25	18.200
26. Gewinnvortrag /Verlustvortrag aus dem Vorjahr				-,-	-6
27. Entnahmen aus der Kapitalrücklage				-,-	-
28. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-,-		-
b) aus der Rücklage für eigene Aktien			-,-		-
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen			-,-		-
d) aus anderen Gewinnrücklagen			<u>-,-</u>	-,-	-
29. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			-,-		-
b) in die Rücklage für eigene Aktien			-,-		-
c) in satzungsmäßige Rücklagen			-,-		-
d) in andere Gewinnrücklagen			<u>-,-</u>	-,-	9.000
30. Bilanzgewinn				13.674.937,25	9.194

ANHANG

I. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Unseren Jahresabschluss haben wir nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Aktiengesetzes, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und unserer Satzung aufgestellt. Auf die Aufstellung eines Teilkonzernabschlusses gem. § 340 i HGB in Verbindung mit § 296 Abs. 2 HGB wurde verzichtet, da die Tochterunternehmen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowohl einzeln als auch insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Fristengliederung erfolgt nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV für bestimmte Posten und Unterposten der Bilanz im Anhang. Auf die Aufteilung der anteiligen Zinsen auf die verschiedenen Restlaufzeiten wurde gemäß Wahlrecht in § 11 RechKredV verzichtet.

— FORDERUNGEN AN KUNDEN UND KREDITINSTITUTE

Die Bilanzierung erfolgte zum Nennwert. Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung der Kredite beachtet. Der Wechselbestand wurde zum Zeitwert bilanziert.

— WERTPAPIERE

Sämtliche Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Berücksichtigung des Wertaufholungsgebotes bewertet.

— ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bzw., wenn besondere Umstände vorlagen, zu niedrigeren Werten angesetzt. Das Wertaufholungsgebot wurde dabei berücksichtigt.

— SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE ANLAGEWERTE

Diese wurden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten, bei abnutzbaren Vermögensgegenständen vermindert um lineare bzw. degressive Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Vermögensgegenstände wurden aus Vereinfachungsgründen im Jahre des Zugangs voll abgeschrieben.

— SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen wurden Wertminderungen bzw. erkennbare Risiken durch entsprechende Bewertungsabschläge berücksichtigt.

— VERBINDLICHKEITEN

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag bewertet. Etwaige Disagien wurden aktiviert und Agien passiviert. Sie wurden entsprechend der Laufzeiten abgegrenzt.

— RÜCKSTELLUNGEN

Allen erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verpflichtungen wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung Rechnung getragen.

Die Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach aktualisierten Grundlagen (Heubeck-Richttafeln 2005 G) und versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem steuerrechtlich zulässigen Zinssatz ermittelt.

Der aus dem Übergang auf die neuen Richttafeln resultierende Auflösungsbetrag wird sowohl handels- als auch steuerrechtlich gleichmäßig auf drei Jahre verteilt, beginnend mit dem Jahr 2005. Insgesamt ergibt sich in diesem Jahr ein Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen.

— WÄHRUNGSUMRECHUNG

Die Umrechnung der auf Fremdwährung lautenden Aktiv- und Passivposten sowie der schwebenden Geschäfte erfolgte mit den Referenzkursen der EZB bzw. Terminkursen zum Jahresende.

Die bei Umrechnung von einfach gedeckten Geschäften ermittelten positiven Umrechnungsdifferenzen wurden als Erträge in der Gewinn- und Verlust-Rechnung berücksichtigt, soweit sie einen nur vorübergehend wirksamen Aufwand aus den zur Deckung dienenden Geschäften ausgleichen. Verbleibende Bewertungsgewinne wurden nicht vereinnahmt.

Eine Bewertung nach der ›besonderen Deckung‹ wurde nicht in Anspruch genommen. Bestehende interne Devisentermingeschäfte werden sowohl in die Gesamtposition einbezogen als auch in die Bewertung der abgesicherten Geschäfte. Fremdwahrungsoptionen, die dieselbe Währung betreffen, wurden von der Sparkasse im Rahmen von Handelsaktivitäten und der Risikosteuerung zusammengefasst. Bewertungsgewinne wurden bis zur Höhe der ihnen gegenüberstehenden Bewertungsverluste erfolgswirksam verrechnet. Dabei wurde der beizulegende Wert anhand eines Optionspreismodells berechnet. Verbleibende Gewinne wurden nicht vereinnahmt. Die Bewertung erfolgt nach den Vorschriften des § 340 h HGB und in Übereinstimmung mit dem Bankenfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer.

— DERIVATE

Derivative Finanzinstrumente (Optionen und Termingeschäfte) wurden nach den Grundsätzen des Imparitätsprinzips und des Realisationsprinzips grundsätzlich einzeln bewertet. Zinsswaps wurden im Wesentlichen zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Aus diesem Grund wurde insoweit keine Bewertung vorgenommen. Schwebende Devisentermingeschäfte und Zinsbegrenzungsvereinbarungen wurden nach der Stellungnahme BFA 2/1995 bilanziert. Strukturierte Produkte wurden nach IDW RH BFA 1.003 behandelt.

II. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ (SOWEIT NICHT ANDERS ANGEGEBEN, WERTE IN TAUSEND €)

—AKTIVSEITE	
zu 3. Forderungen an Kreditinstitute	
Die anderen Forderungen an Kreditinstitute – Unterposten b) – beinhalten Forderungen mit Restlaufzeiten von	
– bis drei Monate	107.028
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	193.459
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	351.002
– mehr als fünf Jahre	749
Im Posten 3 sind enthalten:	
– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 2.089)	2.100
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 80.936)	61.747
– Forderungen an die eigene Girozentrale	20.749
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: –)	–
zu 4. Forderungen an Kunden	
Die Forderungen an Kunden beinhalten Forderungen	
– mit unbestimmter Laufzeit	270.413
sowie Forderungen mit Restlaufzeiten von	
– bis drei Monate	943.158
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	507.370
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.912.736
– mehr als fünf Jahre	3.778.170
Im Posten 4 sind enthalten:	
– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 17.614)	17.999
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 358.498)	383.761
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: 1.034)	1.034
– darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 1.034)	1.034
zu 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	
Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im folgenden Jahr fällig	
	173.511
Im Posten 5 sind enthalten:	
– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	405.112
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	9.387
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 310.736)	290.065
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: –)	–
– eigene Schuldverschreibungen (5 c) mit Nachrangabrede (Vorjahr: 926)	888
zu 6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	
Im Posten 6 sind enthalten:	
– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	65.427
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	5.837
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 838.110)	1.445.193
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: –)	–
– Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr: –)	–
– Spezialfondsanteile	1.368.186
Die Anteilscheine der Spezialfonds sind nach § 92 InvG nur mit Zustimmung der Kapitalanlagegesellschaft übertragbar. Die Gesellschaften schütten grundsätzlich die per Fondsgeschäftsjahresende für Rechnung der Sondervermögen angefallen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen und Dividenden aus, wobei Zwischenausschüttungen vorgenommen werden. Die zur Ausschüttung verfügbaren realisierten Kursgewinne per Fondsgeschäftsjahresende werden von den Gesellschaften überwiegend thesauriert. Die positiven Ergebnisse aus Finanzterminkontrakten am Fondsgeschäftsjahresende werden vollständig thesauriert.	

zu 7. Beteiligungen		
– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere		23
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere		–
zu 8. Anteile an verbundenen Unternehmen		
Im Posten 8 sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.		
zu 9. Treuhandvermögen		
Bei den Treuhandvermögen handelt es sich um		
– Forderungen gegenüber Kunden		19.189
– Sonstige Vermögensgegenstände		1.009
zu 11. und 12. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		
Entwicklung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen:		
	immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen
Anschaffungskosten am Jahresanfang	26.955	298.651
Zugänge	1.992	12.262
Abgänge	211	35.247
kumulierte Abschreibungen	24.234	151.660
Bilanzwerte am Jahresende	4.502	124.006
Abschreibungen im Geschäftsjahr	2.471	9.952
Im Posten 12 Sachanlagen sind enthalten:		
– im Rahmen der Sparkassentätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude		78.269
– Betriebs- und Geschäftsausstattung		18.589
zu 13. Sonstige Vermögensgegenstände		
Im Posten 13 sind enthalten:		
– Vermögensgegenstände des Finanzanlagevermögens (Vorjahr: 68)		77
Bemerkenswerte Einzelposten:		
– Steuererstattungsansprüche		4.151
– Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen aus Ergebnisabführung		12.102
– nachrangige Vermögensgegenstände (Stille Beteiligungen)		10.000
– Aktivischer Ausgleichsposten für Kassakursveränderungen aus Devisentermingeschäften		1.036
zu 14. Rechnungsabgrenzungsposten		
Im Posten 14 sind enthalten:		
– Disago aus Verbindlichkeiten (Vorjahr: 1.333)		1.108
– Agio aus Forderungen (Vorjahr: 11)		7

–PASSIVSEITE

zu 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	243.944
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	371.958
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.517.054
– mehr als fünf Jahre	930.797

Im Posten 1 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 3.776)	2.669
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 16.853)	31.161
– Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	59.288

Für in diesem Posten enthaltene Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände von 709,9 Mio.€ als Sicherheit übertragen worden.

zu 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten – Unterposten a) ab) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	88.009
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	86.523
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	65.399
– mehr als fünf Jahre	6.699

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) bb) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	307.029
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	16.177
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	128.417
– mehr als fünf Jahre	286.975

Im Posten 2 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 44.565)	46.166
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 38.269)	38.994

zu 3. Verbriefte Verbindlichkeiten

Von den begebenen Schuldverschreibungen werden im folgenden Jahr fällig 97.779

Im Posten 3 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 7.840)	8.634
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 2.536)	15.815

zu 4. Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um:

– Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17.713
– Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.485

zu 5. Sonstige Verbindlichkeiten

Bemerkenswerte Einzelposten:

– von unseren Kunden einbehaltene Zinsabschlagsteuer	12.421
– Rückzahlungsverpflichtungen aus geschlossenen Immobilienfonds	3.187
– Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.013

Für in diesem Posten enthaltene Margin-Verpflichtungen aus EUREX-Geschäften sind Wertpapiere über 5,0 Mio.€ als Sicherheit übertragen worden.

zu 6. Rechnungsabgrenzungsposten		
Im Posten 6 sind Agien und Disagien aus Forderungen enthalten (Vorjahr: 12.650).		13.052
zu 7. Rückstellungen		
Für die im Posten 7 c) enthaltenen Rückstellungen sind Vermögensgegenstände von 0,1 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.		
zu 9. Nachrangige Verbindlichkeiten		
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 177)		123
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 858)		668
Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind in 2005 Zinsaufwendungen in folgender Höhe angefallen.		14.015
Der Bestand betrifft auf Deutsche Mark und Euro lautende Inhaber- und Namensschuldverschreibungen mit fester Verzinsung und Fälligkeiten von 2006 bis 2019. Eine vorzeitige Rückzahlung sowie eine Umwandlung in Kapital oder eine andere Schulform ist nicht vorgesehen.		
zu 10. Genussrechtskapital		
Der Bestand betrifft 15 Namensgenussscheine. Im Geschäftsjahr 2005 wurden drei neue Namensgenussscheine im Nennwert von 22,0 Mio. € ausgegeben.		
zu 11. Eigenkapital		
Das Grundkapital beträgt 370,0 Mio. € und teilt sich auf 370.000 nennwertlose Stückaktien auf. Die Aktien werden vollständig von der Finanzholding der Sparkasse in Bremen gehalten. Zum gezeichneten Kapital gehört eine Stille Einlage in Höhe von 13,0 Mio. € mit einer Restlaufzeit von 4 Jahren. Gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 25. 05. 2005 wurden 8, 3 Mio. € aus dem Bilanzgewinn des Jahres 2004 in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.		
Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, vom Bilanzgewinn 2005 von insgesamt 13,7 Mio. € 12, 6 Mio. € den Gewinnrücklagen zuzuführen und 1,1 Mio. € an die Finanzholding der Sparkasse in Bremen auszusütten.		
zu Eventualverbindlichkeiten (Nr.1 unter dem Strich)		
In den Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 42)		–
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 16.576)		3.776

III. SONSTIGE ANGABEN ZUR BILANZ

— FREMDWÄHRUNGSAKTIVA UND -PASSIVA

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, beläuft sich umgerechnet auf 169,1 Mio. € respektive 164,8 Mio. €.

— ECHTE PENSIONSGESCHÄFTE

Zum Abschlussstichtag waren keine Vermögensgegenstände in Pension gegeben.

— SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Miet-, Lizenz- und Wartungsverträgen von derzeit p. a. 11,9 Mio. €.

Im Beteiligungsbereich bestehen nicht passivierte Einzahlungs- bzw. Nachschussverpflichtungen von derzeit 4,7 Mio. €. Aus der aufgrund nicht mehr mehrheitlicher Beteiligung am Bankhaus Carl F. Plump & Co. Kommanditgesellschaft, Bremen, am 06.04.2000 widerrufenen Erklärung gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts des Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Köln, ist die Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, verpflichtet, diesen von Verlusten aus bis dahin angelegten Maßnahmen gemäß § 2 Abs. 2 des Statuts des Einlagensicherungsfonds freizustellen.

Gemäß besonderen Erklärungen sind die von der Sparkasse für fünf Objektfinanzierungen bei Grundstückskommanditgesellschaften eingesetzten Komplementäre aus der

persönlichen Haftung für Verbindlichkeiten dieser gegenüber der Sparkasse freizustellen.

Im Zusammenhang mit der Auslagerung von Tätigkeiten hat sich die Sparkasse für einen befristeten Zeitraum verpflichtet, einigen Tochtergesellschaften zu ermöglichen, etwaige Ausgleichszahlungen im Falle betriebsbedingter Kündigungen zu erfüllen, wie sie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse im Falle betriebsbedingter Kündigungen zu erfüllen wären. Dieses gilt solange, wie die Sparkasse Mehrheitsgesellschafterin der jeweiligen Tochtergesellschaft ist.

Mit der Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen, haftet die Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, gesamtschuldnerisch für die Grunderwerbsteuer im Zusammenhang mit der Übertragung der Grundstücke und Gebäude bei der Auslagerung des Bankbetriebes auf die Die Sparkasse Bremen AG, Bremen.

— ANHANGANGABEN GEMÄSS

§160 ABS. 1 NR. 8 AKTG

Nachfolgende Bekanntmachung wurde der AG mitgeteilt: »Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Am Brill 1–3 in 28195 Bremen, hat uns gemäß § 20 Abs. 1 und 4 AktG mitgeteilt, dass ihr 100 % der Aktien an unserer Gesellschaft gehören.«

— TERMINGESCHÄFTE

Der wesentliche Teil der am Abschlussstichtag bestehenden zinsbezogenen Geschäfte (Zinsswaps) wurde zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen. Daneben bestanden im Rahmen von strukturierten Anleihen Kündigungsrechte der Emittenten.

Bei den währungsbezogenen Geschäften handelt es sich überwiegend um Handelsgeschäfte mit Kunden, die nahezu vollständig kursgesichert wurden.

Restlaufzeit	bis 1 Jahr Mio.€	über 1 Jahr bis 5 Jahre Mio.€	über 5 Jahre Mio.€	Gesamt Mio.€	Zeitwerte Mio.€	Buchwerte Mio.€	Bilanz- posten
Zinsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte	47,0	1.607,5	550,0	2.204,5	-17,7	–	–
Börsengeschäfte	–	–	–	–	–	–	–
Währungsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte	858,6	29,7	–	888,3	1,0	1,7 / 1,7	A13 / P5
Börsengeschäfte	–	–	–	–	–	–	–
Geschäfte mit sonstigen Risiken							
OTC-Produkte	–	–	–	–	–	–	–
Börsengeschäfte	0,1	–	–	0,1	0,1	0,1	P5
Gesamt				3.092,9			

Zinsswaps

Der Zeitwert ergibt sich aus der Saldierung der mit Hilfe der Zerobond-Renditen berechneten Barwerte der cash-flows der beiden Swapseiten. Die cash-flows der variablen Seite werden mittels impliziter Forward Rates berechnet.

Devisentermingeschäfte

Der Zeitwert ergibt sich aus dem aktuellen Terminkurs (Kassakurs zum Bilanzstichtag +/- Swapsatz für die Restlaufzeit per Bilanzstichtag).

Devisenoptionen

Der Zeitwert wird nach dem Garmann-Kohlhagen-Modell berechnet.

Caps

Mit Hilfe des modifizierten Black-Modells wird der Zeitwert als Summe der mit den Zerobond-Renditen abgezinsten theoretischen Preise jedes einzelnen Caplets auf den Bewertungszeitpunkt berechnet.

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN-UND-VERLUSTRECHNUNG

zu 5. Provisionserträge

Im Rahmen unseres Allfinanz-Angebotes haben wir aus gegenüber Dritten erbrachten Dienstleistungen für die Vermittlung von Lebens- und Sachversicherungen, Bausparprodukten und Investmentfonds-Anteilen Provisionserträge erhalten.

zu 8. Sonstige betriebliche Erträge

In diesem Posten sind u.a. 7,6 Mio. € Verwaltungskosten-erstattungen durch Tochterunternehmen, 2,8 Mio. € ordentliche Grundstücks- und Gebäudeerträge und 1,9 Mio. € andere Gebühren aus dem Darlehensgeschäft enthalten.

V. SONSTIGE ANGABEN

ANTEILSBESITZ

Anteilsbesitz ab mind. 20 % an anderen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung ist.

Name und Sitz der Gesellschaft

	Anteil am Kapital Ende 2005 in %	Eigenkapital 2004 in T€	Ergebnis 2004 in T€ ³
nwk nordwest Kapitalbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	71.500 ²	0 ¹
BREBAU GmbH, Bremen	30,0	53.454	-16.157
Bankhaus Carl F. Plump & Co. Kommanditgesellschaft, Bremen	49,0	12.782	0
nwb nordwest Beteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen ⁴	100,0	10.381 ²	-17 ²
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0	6.218	321
nwu nordwest Unternehmensbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	5.000 ²	0 ¹
nwi nordwest international Servicegesellschaft mbH, Bremen	100,0	655 ²	0 ¹
nwd nordwest-data Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	385 ²	0 ¹
nwm nordwest-media Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	100 ²	0 ¹
KV Kapitalbeteiligungs- und Vermögensverwaltungs-GmbH, Bremen	100,0	51 ²	0 ¹
S-Consult Hanseatische Unternehmensberatung-GmbH, Bremen	100,0	51 ²	0 ¹
Bremer Schoss Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Bremen	100,0	42 ²	0 ¹
nws nordwest-service & catering Gesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	25 ²	0 ¹

Anmerkungen:

¹ Mit diesen Gesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge

² Eigenkapital und Ergebnis 2005

³ Ausgewiesener Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag der betreffenden Unternehmung

⁴ vormals STG Einhundertvierundachtzigste Vermögensverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Osnabrück

Beteiligungen der Sparkasse Bremen AG an großen Kapitalgesellschaften sowie an Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen, die fünf vom Hundert der Stimmrechte überschreiten.

Name und Sitz der Gesellschaft

	Anteil am Kapital in %
Bankhaus Carl F. Plump & Co. Kommanditgesellschaft, Bremen	49,0
BREBAU GmbH, Bremen	30,0
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0
Bürgschaftsbank der Bremischen Handwerks GmbH, Bremen	11,5
Bürgschaftsbank Bremen GmbH, Bremen	10,8

Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, ist zu 100 % ein Tochterunternehmen der Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen. Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen, stellt einen Konzernabschluss auf, in den Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, einbezogen wird.

Honorar des gesetzlichen Abschlussprüfers

Im Aufwand des Geschäftsjahres sind 0,7 Mio. € für die Abschlussprüfung und 0,1 Mio. € für sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen enthalten.

ORGANE

AUFSICHTSRAT

Dipl.-Bw. Gerhard Harder, Vorsitzender (ab 29.11.2005)	Vorsitzender des Vorstandes der swb AG
Lutz H. Peper, Vorsitzender (bis 21.10.2005)	Geschäftsführender Gesellschafter der Willenbrock Fördertechnik Holding GmbH
Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler, stv. Vorsitzender (ab 29.11.2005)	Geschäftsführender Gesellschafter der HASECO ZÖGER GmbH & Co. KG
Dipl.-Kfm. Holger U. Birkigt	Vorsitzender des Beirates und Gesellschafter der Biolabor zur Herstellung pharmazeutischer Erzeugnisse GmbH & Co. KG
Matthias Claussen (bis 25.05.2005)	Geschäftsführender Gesellschafter der C. Melchers GmbH & Co.
Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann	Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der Clostermann & Jasper Partnerschaft Wirtschaftsprüfungs- / Steuerberatungsgesellschaft
Otto Lamotte (ab 25.05.2005)	Geschäftsführer der HENRY LAMOTTE GmbH
Heiko Oerter	Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG
Hans-Joachim Schur	Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG
Volker Stange	Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Die den Aufsichtsratsmitgliedern gewährten Kredite valutieren zum Bilanzstichtag mit 3,6 Mio. €.

BEZÜGE

Für die Vergütung ihrer Tätigkeit im Aufsichtsrat und in den Ausschüssen des Aufsichtsrates wurden für das Geschäftsjahr 2005 die folgenden auf die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrates entfallenden Beträge gebucht:

Dipl.-Bw. Gerhard Harder, Vorsitzender	24,9 T€
Lutz H. Peper, Vorsitzender (bis 21.10.2005)	31,0 T€
Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler, stv. Vorsitzender	24,0 T€
Dipl.-Kfm. Holger U. Birkigt	13,9 T€
Matthias Claussen (bis 25.05.2005)	5,4 T€
Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann	19,1 T€
Otto Lamotte (ab 25.05.2005)	10,2 T€
Heiko Oerter	13,5 T€
Hans-Joachim Schur	14,5 T€
Volker Stange	15,0 T€

VORSTAND

Jürgen Oltmann	Vorsitzender des Vorstandes
Dr. rer. nat. Tim Nesemann (bis 31.10.2005)	stellvertretendes Vorstandsmitglied
(ab 01.11.2005)	Mitglied des Vorstandes
Klaus Schöniger (ab 01.10.2005)	
Dr. rer. pol. Heiko Staroßom	
Hermann Tepe (bis 31.01.2006)	

Die den Vorstandsmitgliedern gewährten Kredite valutieren zum Bilanzstichtag mit 1,7 Mio. €.

BEZÜGE

An die Mitglieder des Vorstandes wurden 2,3 Mio. € vergütet, davon 1,4 Mio. € fixe Bezüge und 0,9 Mio. € variable Bezüge.

An ehemalige Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebene wurden 0,8 Mio. € gezahlt; für diesen Personenkreis bestehen Pensionsrückstellungen von 8,1 Mio. €.

MANDATE

In gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften beziehungsweise in Aufsichtsgremien von Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen nahmen folgende gesetzliche Vertreter oder andere Mitarbeiter der Sparkasse Mandate wahr:

JÜRGEN OLTMANN

BREBAU GmbH	AR, stv. Vorsitzender
BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT – Aktiengesellschaft von 1877–	AR
DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co.	AR
Freie Internationale Sparkasse S.A.	VR, Vorsitzender
INTER-PORTFOLIO Verwaltungsgesellschaft S.A.	VR, Vorsitzender (bis 22.11.2005)
neue leben Holding AG	AR
neue leben Lebensversicherung AG	AR, stv. Vorsitzender (bis 23.02.2005)
neue leben Pensionskasse AG	AR, stv. Vorsitzender (bis 23.02.2005)
	AR (ab 24.02.2005)
neue leben Unfallversicherung AG	AR, stv. Vorsitzender (bis 23.02.2005)

–DR. TIM NESEMANN Bürgschaftsbank Bremen GmbH	VR, stv. Vorsitzender
–KLAUS SCHÖNIGER Freie Internationale Sparkasse S. A. LBS Landesbausparkasse Bremen AG	VR (ab 10.11.2005) AR, stv. Vorsitzender (ab 01.02.2006)
–DR. HEIKO STAROBOM LBS Landesbausparkasse Bremen AG nordwest-leasing GmbH Öffentliche Versicherung Bremen	AR AR AR
–HERMANN TEPE GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen LBS Landesbausparkasse Bremen AG	AR AR, stv. Vorsitzender (bis 31.01.2006)
–RALF PASLACK ErSol Solar Energy AG	AR (ab 10.03.2005)
MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:	
Vollzeitkräfte	1.174 ¹
Teilzeit- und Ultimokräfte	489 ¹
	1.663
Auszubildende	71
Insgesamt	1.734
¹ – davon gewerbliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	
– Vollzeitkräfte	10
– Teilzeit- und Ultimokräfte	88

Bremen, 23. Februar 2006

Die Sparkasse Bremen AG
Der Vorstand

Oltmann

Dr. Nesemann

Schöniger

Dr. Starobom

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2005 bis 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir

sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 18. April 2006

**Prüfungsstelle des
HANSEATISCHEN SPARKASSEN-
UND GIROVERBANDES**

König
Wirtschaftsprüfer

Jacobs
Wirtschaftsprüferin

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben, den Vorstand zu beraten und seine Geschäftsführung zu überwachen, wurden die Mitglieder des Aufsichtsrates vom Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle wesentlichen Fragen der strategischen Ausrichtung und Geschäftspolitik sowie über die Geschäftsentwicklung und Lage der Sparkasse Bremen AG unterrichtet. Der Aufsichtsrat hat sich daher von der stets ordnungsgemäßen Geschäftsführung des Vorstands überzeugt. Er traf die ihm obliegenden Entscheidungen in turnusmäßigen Sitzungen oder im schriftlichen Verfahren. Zwischen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates und dem Vorsitzenden des Vorstandes fanden regelmäßig Besprechungen statt, in denen der Vorsitzende des Aufsichtsrates über aktuelle Fragen des operativen Geschäftes informiert und strategische Überlegungen diskutiert wurden.

Der Aufsichtsrat trat 2005 zu fünf Sitzungen zusammen. Zur effektiven Überwachung und Kontrolle hat der Aufsichtsrat dauerhaft einen Präsidialausschuss und einen Kreditausschuss eingerichtet. Er hat sich regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse von deren Ausschussvorsitzenden berichten lassen.

Der Präsidialausschuss tagte im Berichtsjahr zweimal. Er behandelte in seiner turnusmäßigen Bilanzsitzung zur Vorbereitung der Sitzung des Aufsichtsrates insbesondere den Prüfungsbericht und Jahresabschluss 2004, die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG sowie den Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2005 und überzeugte sich anhand der Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers davon, dass seinerseits keine Interessenkonflikte bestehen. In einer weiteren Sitzung behandelte er aktuelle Fragen zu grundlegenden geschäftspolitischen Themen.

Der Kreditausschuss trat 2005 zu fünf Sitzungen zusammen. Darüber hinaus fasste er im Bedarfsfall Beschlüsse im fernmündlichen und /oder schriftlichen Verfahren. Neben

den ihm zur Genehmigung vorgetragenen Kreditentscheidungen stimmte der Ausschuss unter anderem der Neufassung der Richtlinien für den Personalkredit zu. Darüber hinaus nahm er die Kreditrisikostategie der Sparkasse Bremen und die regelmäßigen Kreditrisikoberichte zur Kenntnis.

Die Vorschriften des Corporate Governance Kodex wurden beachtet, soweit nicht Vorstand und Aufsichtsrat im Einzelnen Abweichungen in der Entsprechenserklärung nach § 161 AktG offen gelegt haben. Zur Effizienzverbesserung wurde das Berichtswesen des Vorstandes an den Aufsichtsrat weiter verbessert. In seiner Sitzung am 6. Oktober 2005 stimmte der Aufsichtsrat dem neuen standardisierten Berichtsformat zu, das in den kommenden Jahren sukzessive um weitere Module ergänzt werden soll. Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat am 29. November 2005 eingehend mit den aus der Neufassung des Deutschen Corporate Governance Kodex vom 2. Juni 2005 resultierenden Änderungen. Außerdem wurde am 25. April 2005 die redaktionelle Anpassung der Geschäftsordnung für den Vorstand verabschiedet.

Mit der Hauptversammlung am 25. Mai 2005 schied Herr Matthias Claussen aus persönlichen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus. Ihm folgte nach der Wahl durch die Hauptversammlung Herr Otto Lamotte in dieses Gremium. Ebenfalls aus persönlichen Gründen legte Herr Lutz H. Peper am 21. Oktober 2005 sein Mandat als Vorsitzender und Mitglied des Aufsichtsrates nieder. In seiner Sitzung am 29. November 2005 wählte der Aufsichtsrat Herrn Gerhard Harder zu seinem neuen Vorsitzenden und Herrn Klaus Ziegler zu dessen Stellvertreter. Bedingt durch das Ausscheiden von Herrn Peper besteht der amtierende Aufsichtsrat seither und bis zur nächsten ordentlichen Hauptversammlung am 24. Mai 2006 aus acht statt neun Mitgliedern. Der Aufsichtsrat dankt den Herren Peper und Claussen für die konstruktive und gute Zusammenarbeit und ihren wertvollen Rat, insbesondere in der Gründungsphase der Sparkasse Bremen AG.

Am 1. Oktober 2005 trat Herr Klaus Schöniger nach Bestellung durch den Aufsichtsrat als weiteres Mitglied in den Vorstand als Nachfolger von Herrn Hermann Tepe ein. Herr Tepe wurde nach über 47-jähriger erfolgreicher Tätigkeit, davon seit 1996 im Vorstand der Sparkasse Bremen, zum 31. Januar 2006 in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Der Aufsichtsrat dankt Herrn Tepe für sein großes Engagement und die stets konstruktive, angenehme und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Die von der Hauptversammlung am 25. Mai 2005 zum Abschlussprüfer gewählte Prüfungsstelle des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbandes, Hamburg, hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 unter Einbeziehung der Buchführung sowie den Lagebericht geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Bericht des Abschlussprüfers wurde dem zuständigen Präsidialausschuss zur Vorbereitung der Aufsichtsratssitzung ausgehändigt, in der der Jahresabschluss behandelt wird. Der Abschlussprüfer hat an den Sitzungen des Präsidialausschusses am 18. April 2006 und des Aufsichtsrates am 19. April 2006 teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Der Aufsichtsrat hat den Bericht zur Kenntnis genommen. Das Ergebnis seiner Prüfung entspricht vollständig dem Ergebnis der Abschlussprüfung. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 in seiner Sitzung am 19. April 2006 gebilligt und damit festgestellt. Ferner stimmte er dem Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Bilanzgewinns zu.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2005 vorgelegten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und den dazu erstatteten Prüfungsbericht des Abschlussprüfers geprüft.

Der Bericht des Abschlussprüfers enthält hierzu folgenden Bestätigungsvermerk:

»Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

- die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
- bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, nicht unangemessen hoch war.«

Beide Prüfungen haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung durch den Aufsichtsrat bestehen keine Einwendungen gegen die Schlusserklärung des Vorstandes zum Bericht über die Beziehungen zu verbundene Unternehmen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren tatkräftigen Einsatz im Jahr 2005. Sein Dank gilt den Kundinnen und Kunden der Sparkasse für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Bremen, 19. April 2006

Der Aufsichtsrat

Gerhard Harder

Vorsitzender des Aufsichtsrates



